# BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

**Heft 7** **Köln, 20. Juli 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln



**Unter Mitarbeit von**

*Franz Beyer – Reimar von Bonin*
*Ulrich W. Döring – Helmut Dörr*
*Josef Emonds – Hermann Etzel*
*Georg Groeninger – Walter Hagemann*
*Johannes Hessen – Hans Iwand*
*Karl Klammt – Yasushi Nishiwaki*
*Manfred Pahl-Rugenstein*
*Rudolf Pikola – Franz Rauhut*
*Hermann Rauschning*
*Hans Rheinfelder - Franz Paul Schneider*
*Ernst Schwarz - Katharina Seibert*
*Heinz Sitta - Hermann Strathmann*
*Leo Weismantel - Johannes Weidenheim*
*Karl Graf von Westphalen*
*und anderen*


**Inhalt:**


- *„Königsteiner Erklärung"* S. 22
- *Dr. Hermann Rauschning, „Deutschland und das Abrüstungsproblem"* S. 22
- *Rudolf Pikola, „Franziskus und die christliche Partei"* S. 23
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Aktive deutsche Außenpolitik"* S. 23
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Siebenter Brief an einen Bundestagsabgeordneten"* S. 23
- *„Forum" (Professor Dr. Franz Paul Schneider, „Deutschland zwischen West und Ost")* S. 23
- *Johannes Weidenheim, „Kristallnacht von Magolsheim"* S. 24
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Verlorene Illusionen"* S. 24
- *Dr. Walter Herbst, „Zur Antwort Dr. Libbys an Albert Schweitzer"* S. 25
- *Anna Nieklewicz, „Die Berliner Verhandlungen in polnischer Sicht"* S. 25
- *Zeitdokumente (Note der Sowjetregierung an die Bundesregierung vom 27. Juni 1957)* S. 25


## Königsteiner Erklärung

In tiefer Sorge um Deutschlands Zukunft habe die am 6./7. Juli in Königstein/Taunus auf Einladung des „Deutschen Klubs 1954" zu einer politischen Arbeitstagung Versammelten nach eingehender Beratung einmütig folgende Erklärung beschlossen:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik wurde, wie es in seiner Präambel heißt, mit dem Willen erlassen, dem deutschen Volk „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren" und „um der staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine Neuordnung zu geben". „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

Nach dem Grundgesetz bestimmt der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik, er ist dabei an die Verfassung und das ihm vom Volk erteilte Mandat gebunden. Im Widerspruch zu dieser Mandat und zu den von ihm gemachten Versicherungen hat der Bundeskanzler in der Ver

gangenheit eine Politik verfolgt, welche durch Wiederaufrüstung und einseitige vertragliche Bindungen die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne gerückt hat.

- Anstatt die Schaffung einer westdeutschen Verfassung, der Bundesrepublik und der Bundeshauptstadt Bonn als Provisorien zu behandeln und alsbald Schritte zur Anbahnung eines gesamtdeutschen Gespräches zu unternehmen, hat der Bundeskanzler die Kluft zwischen den Deutschen in Ost und West im Zeichen des kalten Krieges vertieft.
- Anstatt der historischen Zwischenstellung Deutschlands zwischen Ost und West Rechnung zu tragen und die deutsche Außenpolitik behutsam aus dem Bannkreis der von Amerika eingeschlagenen Politik der Stärke und der militärischen Interessensphären loszulösen, hat der Bundeskanzler die Bundesrepublik bedingungslos dem Militärblock der NATO angeschlossen und sie dadurch zum europäischen Festlanddegen der Vereinigten Staaten in ihrer weltweiten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gemacht.
- Anstatt alles zu unternehmen, um im deutschen Lebensraum das System der Militärblocks aufzulösen oder mindestens zu entschärfen, hat der Bundeskanzler der atomaren Aufrüstung der amerikanischen Besatzungstruppen zugestimmt oder sogar eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr für eine nahe Zukunft ins Auge gefaßt. Er hat dadurch dem berechtigten Wunsch des Volkes nach nationaler Sicherheit nicht entsprochen, sondern daran mitgewirkt, daß Deutschland zum möglichen Schlachtfeld und Opfer eines atomaren Vernichtungskrieges werden kann.
- Anstatt die Initiative zu einem echten Gespräch mit der Sowjetunion zu ergreifen und die zahlreichen russischen Vorschläge der letzten Jahre zum Gegenstand von Verhandlungen zu machen, hat der Bundeskanzler selbst nach der Anknüpfung der diplomatischen Beziehungen jedes direkte Gespräch mit Moskau abgelehnt und statt konkreter Gegenvorschläge Vorwürfe und ideologische Erörterungen an die Moskauer Adresse gerichtet. Wie der inzwischen gestürzte Molotow, so wurde der Bundeskanzler der Initiator einer systematischen Politik des „Njet".
- Anstatt den Abbau der amerikanisch-russischen Spannungen zu begrüßen und mit allen Mitteln zu fördern, war der Bundeskanzler hinter den Kulissen eifrig bemüht, diese Entspannung zu hintertreiben, sich gegen die Ausdehnung der Luftinspektion auf Mitteleuropa zu wenden und durch ein Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung einen Rüstungsabbau zu verhindern.

Die Folgen dieser verfehlten Politik liegen heute offen zutage: Wir sind weiter denn je von der Wiedervereinigung Deutschlands entfernt. Eine doktrinäre, irreale Politik hat uns in eine außenpolitische Sackgasse geführt. Statt der versprochenen Sicherheit leben wir seit dem nuklearen Remis von 1953 unter der ständigen Bedrohung einer völligen Vernichtung unserer physischen und nationalen Existenz.

Auf doppelte Weise hat die amtliche Propaganda das Volk immer wieder zu halten verstanden: Mit dem ständigen Hinweis auf die mögliche Gefährdung des deutschen „Wirtschaftswunders", das wir angeblich den Amerikanern allein verdanken — in Wahrheit ist es das Resultat deutschen Fleißes und heute gefährdet durch Aufrüstung und wachsende politische Unsicherheit. Zweitens durch die Illusion einer Sicherheit, die uns angeblich die Amerikaner durch den Nordatlantikpakt und die nuklearen Waffen geschenkt haben, während in Wahrheit wirkliche Sicherheit heute nur noch durch eine Politik des Ausgleichs nach Osten und Westen und nicht durch die Kriegsvorbereitungen der Generale hergestellt werden kann.

Die Existenzangst einer Generation, die sich kaum von einem furchtbaren Kriege erholt hat, mußte der Politik des Bundeskanzlers Zutreiberdienste leisten. Aber seit den Erklärungen der 18 deutschen Atomphysiker und vieler anderer bedeutender Wissenschaftler, Menschenfreunde, Politiker und Organisationen geht eine wachsende Unruhe durch das deutsche Volk. Erst jetzt begreifen weite Kreise der Öffentlichkeit, daß jene Männer mit ihren Mahnungen und Warnungen recht hatten, die von der Adenauer-Propaganda als Kommunisten oder Landesverräter diffamiert worden sind. Es gibt viele Deutsche in wichtigen öffentlichen Stellungen, die ihre Kritik an der Politik des Bundeskanzlers nicht öffentlich zu vertreten wagen, weil sie wirtschaftliche oder berufliche Repressalien zu gewärtigen haben, auch wenn sie dabei nur von den im Grundgesetz verankerten Rechten des Staatsbürgers Gebrauch machen.

Dieser Meinungsdruck gilt vor allem für die Angehörigen der CDU, in der der Bundeskanzler eine fast unbeschränkte Parteidiktatur ausübt und kritische Stimmen zum Schweigen bringt. Es erweist sich als ein verhängnisvoller Start der jungen westdeutschen Demokratie, daß an ihrem Anfang die Vorherrschaft eines einzelnen Mannes und einer einzelnen Partei stehen, die sich mit ihm identifiziert. So konnte sich bisher eine echte Opposition kaum bilden, und es setzte sich in Millionen von Staatsbürgern die Vorstellung fest, daß es eine Alternative zum herrschenden Regime nicht gebe. Die Parolen „Christentum oder Kommunismus" und „CDU oder Untergang", die der Bundeskanzler ausgab, kennzeichnen diesen Versuch eines Meinungsterrors, der allen demokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlägt.

Zur Erreichung einer friedlichen Zukunft für ein wiedervereinigtes Deutschland stellen die in Königstein Versammelten folgende Forderungen auf:

1. Die Anerkennung des Prinzips einer friedlichen Koexistenz mit allen Völkern einschließlich der Sowjetunion unter Beiseitestellung ideologischer und innerpolitischer Verschiedenheiten, wie dies von jeher der Grundsatz jeder vernünftigen Außenpolitik war.
2. Völlige Revision der einseitig westlichen Orientierung der deutschen Außenpolitik, bewaffnete oder unbewaffnete Neutralitätspolitik, konkrete politische Verhandlungen mit der Sowjetunion, Anknüpfung diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen mit Polen und anderen interessierten Oststaaten und Verhandlungen mit den tatsächlichen Inhabern der staatlichen Macht in der DDR unter Außerachtstellung von Empfindlichkeiten und formalrechtlichen Erwägungen.
3. Einen positiven Beitrag zur Abrüstung durch freiwillige Begrenzung der deutschen Rüstungen, Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Ablehnung jeder atomaren Bewaffnung, ausdrückliche Verzichterklärung auf eigene nukleare Produktion, Loslösung aus der NATO bei gleichzeitigem Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Paktsystem.
4. Konkrete Vorschläge der Bundesregierung zur allmählichen Räumung Deutschlands und Mitteleuropas von den beiderseitigen Besatzungstruppen der Großmächte, zur internationalen Rüstungs-, vor allem Atomkontrolle.
5. Deutsche Initiative zur Schaffung eines europäischen Sicherheits- und Nichtangriffssystems der europäischen Länder unter Garantieleistung der Flügelmächte Sowjetunion, USA und Großbritannien.

Die kommenden Bundestagswahlen entscheiden nicht nur über die künftige Innenpolitik, sondern vor allem darüber, ob durch einen gründlichen Kurswechsel die Atomkriegsgefahr auf deutschem Boden ein Ende findet und deutsche Voraussetzungen für europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit geschaffen werden.

---

Dr. Hermann Rauschning

# Deutschland und das Abrüstungsproblem

*Das Denken, das nicht zu Ende denkt*

Es gibt ein unfreundliches Wort: „Kadettenlogik!" Begriff und Wort prägte der Professor der Geschichte an der Berliner Universität und Verfasser einer Weltgeschichte des Krieges, Delbrück. Es war gegen das militärische Denken gerichtet, das sich nach dem verlorenen ersten Weltkriege daran machte, nach den Ursachen der Niederlage zu forschen und statt das Problem bis zu seinem bitteren Kern zu verfolgen, sich bei den strategischen und sonstigen Fehlern aufhielt, die höchstens zusätzliche Bedeutung hatten. Die Probleme nicht bis zu Ende denken: das ist Kadettenlogik, wobei es dahingestellt bleiben mag, ob das eine Denkart sei, die auf ehemalige Kadetten allein beschränkt ist. Eine solche Denkweise ist schnell bei der Hand, festzustellen, was alles hätte besser gemacht werden können und was das „nächste Mal" vermieden werden müsse, wie etwa der abgeänderte

„Schlieffenplan", der zum Verlust der Marneschlacht geführt habe. Oder was dergleichen Erklärungen sind. Ihnen gegenüber stellte Prof. Delbrück fest, daß, wie immer strategisch geplant und durchgeführt, der Weltkrieg für Deutschland nicht zu gewinnen war.

Nicht nur der Weltkrieg 1914 war für Deutschland nicht zu gewinnen, kein Krieg auf europäischem Boden konnte für irgendeine beteiligte europäische Macht zu einem wirklichen Siege führen. Die europäischen politischen Probleme sind nicht mehr militärisch zu lösen. Niemand anders als ein großer deutscher General und lauterer Charakter, der Generaloberst Beck, der Chef des deutschen Generalstabes, der „General, der für den Frieden kämpfte", der General, der es verschmähte, sich zum technischen Handlanger eines von seiner Gottähnlichkeit berauschten militärischen Amateurs zu erniedrigen und die Logik der „genialen Intuition" und dem krankhaften Willen der Hysterie preiszugeben, war es, der dieses Verdikt der Geschichte am Vorabend des zweiten Weltkrieges als das Ergebnis kühler militärischer Überlegungen aussprach.

Nicht im gleichen Umfange wie nach dem ersten Weltkrieg hat es das militärische Denken in diesen apokalyptischen Zeiten gewagt, die Ursache für den Verlust des Krieges in Fehlern bloß zusätzlicher Bedeutung zu suchen, um zu beweisen, daß der Krieg zu gewinnen gewesen wäre. Aber die Klarheit und Schärfe des Denkens, die General Beck zu seiner Denkschrift an Hitler 1938 und zu seinem „Widerstand" bis zu seinem tragischen Tod veranlaßte, ist wieder verloren gegangen, obwohl der Verlauf des Krieges ihm voll und ganz recht gegeben hat. Andernfalls würden sich nicht deutsche Militärs dazu hergegeben haben, militärische Aktionen auf deutschem Boden planen zu helfen, von denen einen Erfolg für die deutsche Existenz zu erwarten und die krasseste Kadettenlogik imstande ist. Das Verdikt der Geschichte, daß europäische Probleme nicht mehr gewaltsam durch Waffen zu lösen seien, hat sich für Deutschland nach dem verlorenen zweiten Kriege zu dem Faktum verdichtet, daß es nicht nur den gordischen Knoten seiner Existenz niemals mehr mit dem Schwert zerhauen könnte, statt ihn geduldig aufzuknoten, sondern daß es sich auch nicht mehr militärisch verteidigen könne, weil seine Verteidigung gleichbedeutend mit totaler Zerstörung sei.

Wiederum war das Denken, das nicht bis zu Ende denkt, am Werk, dem Deutschen ein X für ein U zu machen, um ihm die ganze Preisgegebenheit und Schutzlosigkeit, in die jene Denkart ihn gebracht hatte, zu verheimlichen. Diesmal waren es nicht Militärs, die das versuchten. Vielmehr waren es Politiker und politisch gewordene Professoren, — der Marburger Professor Dehio zum Beispiel —, die sich der letzten Folgerung aus der militärischen und geopolitischen Zwangslage Deutschlands zu entziehen versuchen. Man kam zu dem Schluß, daß der eigentliche Grund für die zweimalige deutsche Katastrophe darin zu suchen sei, nicht Partei ergriffen zu haben, nicht auf der richtigten Seite gestanden zu haben. Nämlich auf der Seite des Westens. Er verleitete zu dem Schluß, wenn nur Deutschland auf der richtigen Seite stünde, dann sei alles in schönster Ordnung. Dann könne es den Deutschen nun nicht mehr fehlen. Alle seine nationalen Probleme würden dann gelöst. Auch ein Krieg sei schließlich möglich, selbstverständlich nur ein Verteidigungskrieg. Wiederum machte die deutsche Art zu denken vor der eigentlichen Schlußfolgerung halt, vor dem unabänderlichen Faktum der deutschen Lage, dessen Tragik und Größe es ist, Land der Mitte, der Vermittlung zu sein, was auch bedeutet, daß es zum Land der „Mitleidenschaft" wird, was immer für Konflikte um es herum ausgetragen werden. Wiederum sucht man nach Ausflüchten vor der dreimaligen Steigerung des deutschen Schicksals, daß Deutschland durch die Logik der Entwicklung gezwungen sei, zur pazifistischen Nation zu werden, das, was ihm als Strafe und Buße auferlegt war, Waffenlosigkeit, Verteidigungslosigkeit, als Befreiung von einer tödlichen Versuchung freiwillig auf sich zu nehmen und seine ganze Existenz auf Gedeih und Verderben in das eine Streben nach einem dauerhaften Frieden, in Verminderung der Weltspannungen und Beseitigung von Konflikten zu gründen. Nicht aus Gründen „moralischer Romantik", sondern aus nacktem Selbsterhaltungstrieb, in der Erkenntnis, daß Deutschland — um ein bekanntes Wort zu gebrauchen — nur noch in einer Richtung wollen könne.

Es sind realpolitische Überlegungen, die die Deutschen dazu bewegen müssen, alles ihnen Mögliche beizusteuern, um den Rüstungswettlauf der Großmächte und die drohende Kriegsgefahr zu beenden, denn in der Hoffnung einer Beilegung des Weltkonfliktes zwischen West und Ost, bevor es zu einem dritten Kriege käme, liegt die einzige Aussicht des Überlebens Deutschlands. Das deutsche Volk hätte

wohl allen Grund, auch die moralische Seite einer abermaligen Kriegsvorbereitung und einer Politik der Gewalt, zu der auch jede Art „Politik der Stärke" zu rechnen wäre, zu bedenken. Man kann nur mit Bedauern Äußerungen einer wahren Vogel-Strauß-Kadettenlogik zur Kenntnis nehmen, die sich in völliger Verkennung des inneren Zusammenhanges von Realität und Moralität herausnimmt, sich dem „Moralromantiker" Albert Schweitzer überlegen zu wissen oder besorgte Atomphysiker und -chemiker abkanzeln zu dürfen. Eine solche Einstellung nach einer eben erst durchlebten Hochblüte des Macchiavellismus zeigt, daß die „führende Elite" oder „geschichtsbefugte Oberschicht" — oder wie sie sich nennen mag, die das Schicksal der Bundesrepublik zu gestalten übernahm, noch wenig von dem sich zueigen gemacht hat, was im deutschen Schicksal der letzten zwanzig, dreißig Jahre „Elend ließ zu hohen Jahren kommen". Tritt zu solchen Äußerungen noch die Belehrung eines der bekanntesten evangelischen Kanzelschönredners hinzu, der die Abschaffung der Atomwaffe als unrealistisch bezeichnet und „das Wagnis der Liebe" als Weltordnung und Politik mit christlichen Gründen ausgeschaltet wissen will, dann kann man nur sagen: es ist schon wieder alles beisammen, was sich geistig 1914 und 1939 zusammengefunden hatte, um getrost und gottesfürchtig in eine neue Katastrophe zu führen.

Trotzdem soll hier nur die realpolitische Seite der Abrüstungsfrage für das deutsche Volk erörtert werden, weil es andernfalls der im neuen Deutschland zur Virtuosität entwickelten Technik der Wortverdrehung und Sinnentstellung zu leicht würde, das harte Faktum der Verteidigungslosigkeit Deutschlands als Ausdruck pazifistischer Kleinbürgermentalität zu entstellen. Hat sich doch erst jüngst eine andere Stimme aus Hamburg mit dem Gewicht wissenschaftlicher Autorität gemeldet, die da behauptete, alles sei eigentlich gar nicht so schlimm, mit den Atombomben nämlich, man müsse sich halt daran gewöhnen, den Atomtod als beständigen Begleiter zu haben, und Adalbert Weinstein, der „Wehrexpert", mahnt zur ernsten Entschlossenheit: daß Selbstverteidigung mit Selbstmord identisch, sei kein Argument gegen die automare Rüstung.

### *Die Ohnmacht der „geballten Faust"*

Für das deutsche Volk hat das Weltproblem der Abrüstung und internationalen Rüstungsüberwachung zwei verschiedene Seiten. Die eine betrifft seine eigene aktive Beteiligung an den militärischen Rüstungen der Gegenwart; die andere seine Schicksalsabhängigkeit von dem Rüstungszustand der Großmächte. Was die erstgenannte Seite anlangt, so bestünde für Deutschland kein Problem mehr, weil es durch die Katastrophe von 1945 und die totale „Debellatio" so abgerüstet war wie nur je ein unterworfenes Volk, wenn nicht die Westmächte ihre Ansicht über die Erwünschtheit dieses Zustandes unter dem Druck eines möglichen neuen Weltkrieges — diesmal ohne deutsche Mitwirkung — geändert hätten. Verhängnisvoll und für das deutsche Volk in seinen Folgen vorerst noch gar nicht abzusehen wurde dies jedoch erst durch die Initiative des ersten deutschen Bundeskanzlers, der in dem Weltkonflikt Partei ergriff, statt das deutsche Volk aus ihm herauszuhalten, und den Westmächten einen deutschen Verteidigungsbeitrag anbot, was eine Aufrüstung notwendig machte, statt aus der erkannten Verteidigungslosigkeit Deutschlands den einzig logischen Schluß zu ziehen. Gewiß hätte eine Weigerung der Deutschen, an einer Verteidigung des Westens teilzunehmen, nicht verhindern können, daß der Krieg ausgefochten würde, wenn er erst einmal ausgebrochen wäre. Gewiß hätte die Bundesrepublik andere Nachteile aus solcher Weigerung in Kauf nehmen müssen. Niemand hätte auch die Siegermächte hindern können, eine Art deutsche Fremdenlegion aufzustellen. Aber erst durch das freiwillige Angebot des Verteidigungsbeitrages und die freiwillige Hinnahme einer Wiederaufrüstung hat das Bonner Regime eine verhängnisvolle Kausalkette ausgelöst, die weit über das von Bonn ursprünglich wohl Beabsichtigte und Erwünschte hinaus die gesamte Politik der Bundesrepublik in einer Bahn festlegte, auf der Schritt für Schritt die Politik zwangsläufig weiterlief zu einer einseitigen, die deutsche Zukunft schädigenden Haltung, zu einer Verschärfung der Spannungen, die eine Wiedervereinigung der getrennten deutschen Landesteile aussichtslos, wenn nicht unmöglich macht, und zu einem Rückfall in militärisches und rein machtpolitisches Denken, das das an sich schon neblige Bonner Klima mit den Dunstschwaden eines nicht völlig entwässerten Sumpfes übersättigt. Bonn, ob es das gegenwärtig abstreitet oder nicht, verließ sich auf

das Phantom einer „Politik der Stärke" und hoffte, wenn auch nicht durch Krieg, so doch durch die „geballte Faust" („die einzige Sprache, die der Russe versteht"), durch den Druck überlegener Machtmittel seine Lebensprobleme lösen zu können. Mit einer Eigensinnigkeit und Unbelehrbarkeit versteifte es sich auf eine einseitige Beurteilung der politischen Lage und handelte gegen die geschichtlichen und geographischen Realitäten Deutschlands, die fast schon an die „eiserne Entschlossenheit" der jüngst versunkenen politischen Meister erinnert.

Die Entwicklung, die sich heute, mindestens was die Schicksalsfrage der deutschen Wiedervereinigung anlangt, als eine Illusion erwiesen hat, ist zu bekannt, als daß sie hier im einzelnen erwähnt zu werden brauchte. Mit Beschwichtigungen, Abschwächen, Totschweigen, Verdrehen, Beschönigen ist das deutsche Volk in den verflossenen sieben Jahren nach 1950 in Gedankenbahnen zurückgeleitet worden, von denen man hoffen durfte, daß sie endgültig verlassen waren. Der überwiegende Teil der großen deutschen Presse hat dabei in einer durch ihre Willfährigkeit und Kritiklosigkeit beschämenden Weise mitgeholfen. Auch in dieser Hinsicht hat sich das Bonner Regime als ein auf falsche Weise bloß restauratives, ein zu alten, überwundenen Anschauungsweisen zurückkehrendes erwiesen, anstatt einer gesunden Zukunft eine Bahn zu brechen. Es ist kein F r i e d e n s b e i t r a g, den die Bundesrepublik durch ihren „W e h r b e i t r a g" in der Teilnahme an der militärischen Alliance der N A T O geleistet hat. Es hat vielmehr die Spannung und das unter den Siegermächten noch weit verbreitete Mißtrauen gegen den sogenannten Militarismus unter der gefälligen Oberfläche eines durch die Umstände bedingten Wohlwollens verstärkt, auch wenn Bonn „die Ware zu liefern" sich anschickte, die im Augenblick von Deutschland gefragt war. Mit Sicherheit wird eines Tages der Wechsel präsentiert werden, daß das deutsche Volk sich zu schnell wieder einmal verführbar durch militärisches Denken gezeigt habe.

Immerhin kann die Bundesrepublik geltend machen, daß das deutsche Volk in seiner Rüstung nicht nur begrenzt und von anderen Mächten kontrolliert ist, sondern daß ihm auch die Produktion von Atomwaffen untersagt bleibt, wenn auch in letzterem Punkt offenbar Gedanken erwogen werden, dies abzuändern. Insofern befindet sich die Bundesrepublik trotz Wiederaufrüstung bereits in einem staatsrechtlichen Zustand, der einige der Gedanken der künftigen Rüstungsabmachungen vorweg nimmt. Aus der einmal eingenommenen außenpolitischen, militärischen Grundhaltung Bonns folgt auch seine Stellungnahme der anderen Seite des Abrüstungsproblems gegenüber, der Abhängigkeit des deutschen Schicksals von einer friedlichen Beilegung des West/Ost-Weltkonfliktes, zu der eine Abrüstung und Rüstungskontrolle die ersten Voraussetzungen schaffen sollen. Lapidare Sätze des Bundeskanzlers haben der Masse der deutschen Wähler die damit verknüpften Probleme in einer Einfachheit präsentiert, die man schon, bei aller gebotenen Höflichkeit gegenüber einem führenden Staatsmann, als objektive Unrichtigkeit bezeichnen muß. Solche Erkenntnisse wie: i n der NATO sei das deutsche Volk sicher, a u ß e r h a l b ihrer sei es dem Zugriff des Kommunismus ausgeliefert, mögen einem durch die Hitlerpropaganda urteilslos gewordenen Volk ausreichende Kost sein, in einer auf die Mitwirkung aller Staatsbürger begründeten Demokratie ist es abstoßend und das Fundament der Ordnung verletzend, in solcher Weise zu argumentieren. Die Einzelfragen, die heute für den nicht sonderlich unterrichteten deutschen Zeitgenossen das Grundproblem der Rüstungsbeschränkung verwirren, münden immerhin alle in der Frage der Sicherheit und der eventuellen Vermehrung der Risiken für das deutsche Volk, sofern es zu Abmachungen der Großmachtblöcke kommen sollte. Wie wirkt eine militärische Verdünnungszone auf die Grundsituation der russischen Gefahr? Ist nicht Deutschland völlig preisgegeben, wenn die Vereinigten Staaten ihre Truppen zurückziehen würden? Kann daher die Bundesrepublik diesen Bestrebungen zustimmen? Bedeutet nicht überhaupt jeder Versuch eines Ersatzes der militärischen Paktsysteme durch ein gemeinsames, politisch sicherndes Vertragssystem der beiden Großmachtblöcke ein vermehrtes Risiko für die Bundesrepublik? Muß sie nicht mit allen Mitteln daran festhalten, daß die NATO nicht geschwächt werde und ihre Mitgliedschaft bei ihr nicht aufgehoben wird? Und was ist erst mit dem „Junktim" zwischen Wiedervereinigung und Entspannungsvereinbarungen? Wird nicht durch die Zustimmung zu begrenzten Abrüstungsvereinbarungen dieses bisherige Fundament der Bonner Wiedervereinigungpolitik preisgegeben?

Die bisherige Politik Bonns macht es zwingend, daß es in allen diesen Teilfragen eine betont skeptische, wenn nicht eine völlig ablehnende Haltung einnehmen muß; denn Bonn hat die eigentliche Lehre aus dem deutschen Schicksal nicht gezogen. Wer nicht zur Kenntnis genommen hat, daß es für Deutschland militärisch gesehen keine Sicherheit und keine Verteidigungsmöglichkeit mehr gibt, der muß in jedem Versuch der Entspannung und der Verringerung militärischer Sicherungsmaßnahmen des Westens vermehrte Risiken für die Existenz der Bundesrepublik sehen. Nun hat freilich der Bundeskanzler in einer Dortmunder Wahlrede für seine Partei erklärt, daß er seine uneingeschränkte Zustimmung zur Bildung einer Abrüstungs-Überwachungszone in Europa einschließlich Deutschlands gebe. Keineswegs, betonte er, versuche Bonn den Abschluß eines solchen Abkommens in London zu verhindern. Alle Kommentare über deutsche Vorbehalte, etwa aus Furcht, daß eine Überwachungszone quer durch Europa die Trennungslinie durch Deutschland verewigen könne, spekulierten falsch. Vielmehr versprach sich der Kanzler davon Erleichterungen für solche Fragen wie die Wiedervereinigung. So erfreulich diese Erklärung auf den ersten Blick erscheinen mag, weil dahinter nur die Einsicht in die Unhaltbarkeit der bisherigen Konzeption Bonns, des „Junktims" zwischen Abrüstung, Entspannung und Wiedervereinigung stehen kann, so zeigen doch die weiteren Ausführungen des Kanzlers, daß dies nur eine scheinbare Wandlung zu einer elastischeren Außenpolitik ist. Mit der ihm eigenen Gabe der Übervereinfachung bezog sich Herr Adenauer vielmehr nach alter Weise auf bindende Zusagen der „Partner" der Bundesrepublik in der Frage der Wiedervereinigung und warnte seine Hörer vor „gefährlichen Experimenten". Wer Deutschland „neutralisiere", mache Rußland zum Herren Deutschlands und Europas. Wer NATO schwäche und Deutschland aus der Verbindung mit ihr herauslösen wolle, erlaube der westlichen Christenheit, durch den Kommunismus überrannt zu werden.

Diese Erklärung, die somit ganz in die alte Litanei mündet, wurde noch durch die Tatsache unterstrichen, daß zugleich die formelle Unterstellung der ersten drei Infanteriedivisionen der Bundesrepublik unter das NATO-Kommando stattfand. Aus dieser Erklärung ist nicht die Spur einer Einsicht erkennbar, was das wesentliche Faktum der weltpolitischen Lage und das treibende Motiv bei den Abrüstungs- und Entspannungsverhandlungen ist. Keine Macht der Welt kann Rußland dazu zwingen, die amerikanischen Zusagen in der Wiedervereinigungsfrage zu honorieren, sofern das nicht im eigenen Interesse der Russen liegt oder mindestens nicht ihre Position machtpolitisch verschlechtert. Auch eine neue Konferenz der Großen Vier, die der Kanzler auf seiner Amerikareise angeregt haben will (in Wirklichkeit war sie längst von Amerika selbst in Erwägung gezogen) wird an dieser Tatsache nichts ändern. Es gehört in das Kapitel der „Kadettenlogik", es ist naiv, annehmen zu wollen, Rußland könne an einem Abrüstungsabkommen soviel gelegen sein, daß es seine deutschen Interessen ohne besondere Zugeständnisse aufgeben oder daß die Westmächte eine sonst mögliche Abrüstung wegen der ungelösten deutschen Wiedervereinigung fahren lassen würden, und dazu noch, wenn für sie statt dessen die Möglichkeit winkt, in späterer Entwicklung andere zentraleuropäische Nationen aus dem „Orbit" der Sowjetunion loszueisen. Beide, Westen wie Osten, sind gleicherweise an einer Abrüstung und Entspannung interessiert, nicht der eine mehr oder weniger. Es ist eine Frage schlechthinnigen Überlebens für beide, daß es zu Abmachungen kommt. Die deutsche Wiedervereinigung aber ist demgegenüber ein Randproblem, wenigstens für andere Mächte, und jede Zögerung der Bundesrepublik, es, unter welchen Risiken immer, zu lösen, macht es mehr zu einem solchen.

Das alles an Wichtigkeit überragende politische Faktum, das offenbar noch nicht zur Kenntnis der Bonner geschichtsbefugten Oberschicht und Führungselite gelangte, ist die revolutionäre Wandlung des Charakters der Politik durch die Zerstörungsgewalt der modernen Kampfmittel. Nur Kadettenlogik kann folgern, daß mit der Bannung der Atomwaffe die Welt getrost zu Kriegen mit „konventionellen Waffen" zurückkehren werde, womit dann der Weizen des militärischen Genius aufs neue blühen könne. Die eigentliche Konsequenz ist vielmehr, daß M a c h t p o l i t i k im alten Sinn, nach den Mustern der Politik bis ins 19. und 20. Jahrhundert, hinfällig geworden ist. Alle bisherigen machtpolitischen Vorstellungen in den Beziehungen der souveränen Staaten zu-

einander beruhen auf der Voraussetzung, daß im äußersten Falle Interessenkonflikte durch „Appell an die Waffen" bereinigt werden könnten und müßten. Seitdem dieser Appell nicht mehr möglich ist, was bleibt noch von einer Machtpolitik übrig? Diese Frage und die Unsicherheit einer Antwort darauf, die geradezu weltumstürzenden Konsequenzen, die damit aufs Tapet gelangen — das ist es, was den gegenwärtigen Versuchen zur Abrüstung und Kooperation einen ganz neuen, einen zwingenden Charakter gegenüber ähnlichen Versuchen des 19. oder der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts leiht, und was auch die genannten vom Kanzler vorgebrachten Argumente so hoffnungslos antiquiert und aus einer längst toten Welt stammend machen.

Bedauerlicherweise hat sich der Kanzler in seiner Wahlrede in Dortmund überhaupt nicht, sonst nur beiläufig und abfällig, über den englischen „Gaitskell-Plan" der Wiedervereinigung und Abrüstung auf eine neue Weise zu verknüpfen sucht, geäußert. Man kann von diesem Plan des Führers der englischen Labour-Partei immerhin das sagen, daß in ihm der neuen Realität Rechnung getragen und die deutsche Lebensfrage der Einheit einsichtsvoller zur Geltung gebracht wird, als es die Gedankengänge des leitenden Politikers der Bundesrepublik tun. Dieser Plan entspricht in seiner großen Linie auch den Vorschlägen, die der Verfasser dieses Artikels seit Jahren in seinen Schriften als einzig mögliche gemeinsame Lösung der deutschen Lebensfragen: Entspannung, Frieden und Wiedervereinigung darzulegen versucht hat. Vielleicht ist es von einem Regime, das in seinen ganzen Tendenzen in die Vergangenheit, in das 19. Jahrhundert und weiter zurück, statt in die Zukunft gerichtet ist, zuviel verlangt, die Revolution der Außenpolitik in ihrem ganzen Umfang zur Kenntnis zu nehmen. Es wird ohnedies geraumer Zeit bedürfen, ehe sich die Völker alle Folgen zu eigen machen werden, die aus jener beides, Segen und Fluch enthaltenden Atomzerspaltung und -verschmelzung stammen.

Es wäre im einzelnen noch viel zu dem Problem der Abrüstung, wie es sich für das deutsche Volk stellt, zu sagen, insbesondere darüber, wie denn eine der Grundsituation entsprechende deutsche Außenpolitik beschaffen sein müsse, damit Deutschland einen F r i e d e n s b e i t r a g statt seines längst überholten V e r t e i d i g u n g s b e i t r a g e s leisten könne. Es wäre auch auf die Schäden mannigfacher Art hinzuweisen, die die unzeitgemäße und fragwürdige Art der Wiederbelebung des deutschen „Wehrwillens" zur Folge haben muß, vor allem die Gefahr für die demokratische Verfassung der Bundesrepublik. Es muß für diesmal sein Bewenden mit einer letzten Überlegung haben. Der Deutsche ist dabei, seine allerletzte Chance als Nation zu verspielen. Wird die vom Bundeskanzler in seiner Dortmunder Wahlrede angedeutete Politik tatsächlich weitergeführt — und wer wird zweifeln, daß der Kanzler nach dem 15. September, wenn der Tag ihm zum drittenmal den Sieg bescheren sollte, mitsamt seinen bisherigen Ratgebern seine Politik weiter verfolgen werde — dann wird trotz amerikanischer Zusagen und zögernder englischer Bereitwilligkeit die Wiedervereinigung Deutschlands als Opfer der Abrüstungsverständigung auf der Strecke bleiben. Was das Schlimmste dabei sein wird, das ist, daß die anderen Mächte der Bundesrepublik die Verantwortung für diesen Ausgang zuschieben werden. Es gibt genug Politiker unter den ehemaligen Gegnern und jetzigen Freunden Deutschlands, die mit Genugtuung die Verewigung der deutschen Teilung als die wahre Patentlösung der deutschen Frage begrüßen würden, wenn es gelänge, die Schuld auf die Deutschen selbst abzuwälzen. Der politischen Fähigkeit zu dem, was man hierzulande „double crossing" und „double talk" nennt, dürfte selbst das so stark ausgeprägte taktische Talent des Bundeskanzlers, das sich in der Hauptsache in der Ausschaltung seiner innerpolitischen Kritiker auswirkte, auf die Dauer nicht gewachsen sein. Lebensgefährlich ist es für ein Volk, wenn seine politische Führung sich der Wirklichkeit verschließt und hinter der Weltentwicklung nachkeucht, um mit der Einsicht immer zu spät zu kommen. Tödlich ist es für eine Nation, wenn ihre Führung unbelehrbar durch tragische Geschehnisse, durch Irrtum und Schuld, die Grundlagen ihrer Existenz nicht bis ans Ende durchdenkt. Es könnte sein, daß eines Tages, auf die letzten Jahre rückblickend, eine spätere Zeit von ihnen nicht als von den Jahren des Wirtschaftswunders, sondern von denen einer „Bonner Logik" sprechen wird.

---

Rudolf Pikola

# Franziskus und die christliche Partei

Franziskus saß also in der Zelle. Das war freilich nicht seine kleine Behausung neben der Kapelle von Portiuncula, sondern ein weißes Zimmerchen in der Nervenheilanstalt, in die man ihn eingeliefert hatte, nachdem er — mit der Erlaubnis des Herrn für eine Weile ins 20. Jahrhundert zurückgekehrt — den Menschen so hatte predigen wollen, wie er es vor 700 Jahren gewohnt gewesen war. Zuerst hatte man ihn allerdings verhaftet, da man hinter seiner „Haltung", wie man es nannte, verdächtige staatsbedrohende Absichten und politische Hintergründe sah; nach drei Tagen war man jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß man es mit einem zwar gutmütigen, aber für die Öffentlichkeit doch nicht ganz ungefährlichen Psychopathen zu tun habe. Und da man in diesem 20. Jahrhundert eben nicht wußte, was man mit einem Heiligen sonst anfangen sollte, hatte man seine Einweisung in die Nervenheilanstalt verfügt.

Er war traurig darüber, daß man ihn nicht durch die Felder ziehen ließ, wo er mit den Tieren hätte sprechen, sich zu den Blumen hätte neigen können. Vor allem aber sehnte er sich danach, die Menschen aufzusuchen. Wenn auch die, welche in blitzenden Fahrzeugen unvorstellbar schnell über gerade Straßen fuhren, nicht für ihn erreichbar waren, so wollte er doch in der großen Stadt zu den blassen Kindern gehen, wollte er in das Krankenhaus einkehren, wo man Menschen, denen der Krieg ihr menschliches Aussehen genommen hatte, vor dem Anblick ihrer Umwelt verbarg, und die langgestreckten Holzhütten an den Stadträndern wollte er aufsuchen, in denen Menschen stritten und sich haßten, weil sie so dicht zusammengedrängt leben mußten, daß sie einander wie Ungeziefer zuwider waren.

Wieder sah er, wie so viele Tage schon, durchs offene Fenster auf den sonnigen Garten hinaus, ohne gewahr zu werden, daß der Pfleger den Anstaltsgeistlichen hatte eintreten lassen.

„Nun, Bruder Franz, predigen wir wieder den Vögeln?" fragte lächelnd der Besucher. Er hatte schon herausgebracht, daß der Patient an einer Art Franziskus-Komplex litt, der wohl auf eine unbewältigte Beschäftigung mit jener zweifellos recht interessanten Gestalt der christlichen Heiligengeschichte zurückzuführen war. Er machte deshalb auch die Form der Anrede mit „Du" und „Bruder" mit, obwohl dies nicht ganz nach seinem Geschmack war, denn er war immerhin Studienrat am Realgymnasium der Stadt, hoffte in nächster Zeit Oberstudienrat zu werden und war vorgesehen, zum Direktor der geplanten „Akademie für Glaube und Leben" ernannt zu werden.

Franziskus, der aus Liebe immer höflich war, wandte sich seinem Gast zu und begrüßte ihn. „Ich habe heute eine wichtige Frage mit dir zu besprechen", sagte dieser. Franziskus sah ihn lächelnd an, denn ihm, dem großen Liebenden, war ja alles gleich wichtig, weil alles Teil des einen Lebens war, das der göttliche Atem durchwirkte.

„Es handelt sich darum", fuhr der Geistliche fort, „daß am morgigen Sonntag Wahl ist — Wahl, ja, verstehe mich: das Volk wählt seine Vertreter. Und deshalb möchte ich dich, da du zu diesem Volke gehörst, an deine Pflicht erinnern, ebenfalls deine Stimme abzugeben."

„Kenne ich einen von denen, die ich wählen soll?"

„Das ist kaum möglich und auch nicht nötig. Es genügt, wenn du deine Stimme einer Partei gibst, deren Grundsätze mit den unseren — die doch wohl auch deine sind — übereinstimmen."

„Gibt es eine solche Partei? Und woran erkenne ich sie?"

„Es gibt sie, und du erkennst sie daran, daß sie die einzige ist, die sich christlich nennt."

„Das ist leicht für mich, und ich danke dir!" sagte Franziskus lächelnd. Der Studienrat, ebenfalls lächelnd, weil er seine Aufgabe so mühelos gelöst glaubte, wollte schon von etwas anderem zu sprechen anfangen, als des Franziskus Gesicht plötzlich ernst wurde und er fragte:

„Aber höre — seid ihr in diesem Volke denn nicht alle Christen? Wieso können da die Christen eine besondere Partei bilden?"

„Es gibt Christen, die sich so nennen — und solche, die es sind!"

„So sind also in der Partei, von der du sprichst, die wahren Christen, die in allem nach den Weisungen des Herrn leben?"

„Ja, so kann man — so kann man wohl schon sagen, wenn auch — —"

„Die Angehörigen dieser Partei streben z. B. nicht nach Reichtümern, sondern teilen ihr Hab und Gut mit den Armen? Ich habe draußen jedoch zwar wenig von Wundern, wie ich sie kenne, aber viel vom Wirtschaftswunder reden hören. Dabei kam es mir vor, als spiele sich ein neuer Tanz ums Goldene Kalb ab, das von vielen angebetet wird, die nicht danach fragen, was sie dafür preisgeben, ja, die sich geradezu dafür kaufen ließen. Haben die Christen deiner Partei mit diesem neuen Götzendienst etwas zu tun?"

„Du siehst die Dinge nicht ganz richtig!" sagte mit leichtem Unwillen der Studienrat. „Niemand verkauft sich, aber es ist doch klar, daß wir denen verpflichtet sind, die unseren Aufstieg gefördert haben. Du willst doch auch, daß es allen Menschen gut gehe!"

„Allen, ja, hörst du: allen! Aber nicht den einen auf Kosten der anderen!" entgegnete eindringlich Franziskus.

„Solange wir in einem Staate leben, in dem jedem die Freiheit gegeben ist, mit den ihm von Gott gegebenen Kräften — — —"

„Entschuldige, wenn ich dich unterbrechen muß!" — Franziskus hob mit leise abwehrender Bewegung beide Hände — „Aber die Freiheit hat da eine Grenze, wo die Not oder das Unglück des anderen beginnen. Höher als die Freiheit, von der du sprichst, scheint mir der Zwang des sanften Gesetzes zu sein, das uns der Herr gegeben hat — des Gesetzes der Liebe und der Güte. Und darum frage ich dich, ob deine Christen sich unter dieses Gesetz gestellt haben — dann will ich auch mich zu ihnen stellen. Aber wie kann es denn sein, daß die alten Leute bei euch oft in so großer Not leben? Ich habe erfahren, daß viele von ihnen mit einem kleinen Bruchteil dessen leben müssen, was zum Beispiel ein Heerführer bekam oder bekommt."

„Die Heerführer hatten und haben gewaltige Aufgaben, die auch eine entsprechende — — —"

In des Franziskus Gesicht glühte plötzlich ein heiliger Zorn. „Große Aufgaben nennst du das, wenn sie einem Tyrannen helfen, fremde Völker zu unterjochen und Millionen Menschen zu töten?"

„Der Gehorsam im Kriege gehört auch zu den Christenpflichten!" sagte der Geistliche, abermals etwas unwillig.

„So habe ich wohl unchristlich gehandelt, wenn ich den Menschen predigte, daß niemand gehalten sein solle, einem anderen zu folgen in einer Sache, die Vergehen oder Sünde bedeutet?"

„Wer soll denn entscheiden, was Vergehen oder Sünde ist?"

„Muß ich dir sagen, daß das schon entschieden ist? Wenn der Herr gesagt hat, wir sollen unseren Nächsten und sogar unsere Feinde lieben, kann uns niemand mehr befehlen, daß wir sie töten sollen. Deshalb habe ich doch auch meinen Brüdern des Dritten Ordens verboten, Waffen zu tragen und den Fahneneid zu leisten — die Partei aber, die du mir anpreist, hat ja sogar von neuem angeordnet, daß jedermann wieder Kriegsdienst leisten muß — wie bei dem Tyrannen. Nur ihr seid davon ausgenommen, wie ich höre."

„Aber es muß doch jemand zu Hause sein, der die Seelen aufrichtet!"

Zum zweitenmal traf den Theologen ein Blick aus des Franziskus Augen, der ihn erschreckte und verstummen ließ. „Wenn i h r das Gebot des Herrn, daß man nicht töten darf, erfüllen dürft, dann müssen es alle anderen Brüder ebenso erfüllen dürfen! — Aber nun möchte ich noch ein Letztes von dir wissen: Ich habe gehört, daß die Gelehrten eine Waffe erfunden haben, mit der man Hunderttausende auf einmal töten und weitere Abertausende unheilbar schädigen, ja, alles Leben auf der Erde schon durch Versuche mit solchen Waffen gefährden kann. Gibst du mir wenigstens die Gewißheit, daß die Partei, die du mir zu wählen nahelegst, die Einführung dieser Waffe ablehnt und verhindert? — Beim Leiden unseres Herrn Jesus, ich fordere die volle Wahrheit von dir!" fügte Franziskus hinzu, da er sah, wie sein Gast unter dieser Frage sich gleichsam wand und nach einem Ausweg suchte.

„Ich müßte dir hierzu Dinge erklären — —"

„Ich will keine Erklärung — ich will ja oder nein!"

„So muß ich denn wiederholen, was ein führender Vertreter unserer christlichen Partei kürzlich gesagt hat, nämlich, daß wir ein scharfes Atomschwert schaffen müssen, das jederzeit und allerorts zur vernichtenden Vergeltung ausholen kann. Und ich selber sage, wenn wir das christliche Abendland retten wollen — — —"

Dem Studienrat stockte die Rede, als er Franziskus ansah, der langsam aufstand, blaß wie ein Toter, mit zitternden Lippen und weiten, tränenverhüllten Augen.

„Geh, Bruder!" sagte er leise und mühsam. „Ich bitte dich, geh und quäle mich nicht mehr, indem du mir von denen sprichst, die unseren Herrn tausendmal schlimmer verraten als Petrus, der ja nur sagte, er kenne ihn nicht! O würden sie doch auch sagen, sie kennten ihn nicht, sie hätten nichts, nichts, nichts mit ihm zu tun! Aber nein, sie schreien täglich seinen Namen als ihren Schlachtruf hinaus und tun das grauenhafteste Gegenteil von dem, was er lehrte, wofür er starb! Wer ihn verleugnet, wer ihn bekämpft, kann ihn nicht so sehr lästern, als die, welche seinen Namen, den Namen des großen Gütigen, mißbrauchen, indem sie Blut, Mord, Leid und Vernichtung mit diesem Namen rechtfertigen, ja vielleicht sogar heiligen wollen! Die ihn töteten, konnten ihn nicht vernichten — ihr aber macht ihn zunichte, da ihr ihn durch einen anderen ersetzt! O Lüge, o Schmach, o du mein armer Bruder Jesus!"

Franziskus wandte sich zum Fenster. Mit ausgebreiteten Armen hielt er sich an den eisernen Stäben fest, und seine zuckenden Lippen wiederholten immer wieder die letzten Worte. Der Studienrat erhob sich rasch und verließ das Zimmer. Er war davon überzeugt, daß die Stimme dieses Menschen nicht zu gewinnen sei.

---

Prof. Dr. Walter Hagemann

# Aktive deutsche Außenpolitik

Als vor einem Jahr die verewigte Louise Schröder dem sowjetrussischen Botschafter Sorin vor seinem Abgang aus Bonn auf einem Empfang begegnete, fragte sie ihn nach seiner Auffassung über die Chancen der deutschen Wiedervereinigung. Darauf wandte sich der Botschafter an seinen Adjutanten: „Das ist das erste Mal seit meinem Hiersein, daß mir diese Frage gestellt wird." Die Wahrheit dieser Anekdote ist durch unverdächtige Zeugen gesichert. Wer die Bonner Atmosphäre nicht kennt, müßte sie sonst für unglaubhaft halten.

Schließlich sind es viel dringendere Fragen, welche in diesen Jahren die Gemüter in Bonn vordringlich beschäftigt haben: Statt gesamtdeutscher Gespräche die Einbeziehung Westdeutschlands in den Militärblock der Atlantikpaktstaaten, zwangsläufig gefolgt vom Anschluß der „DDR" an den Warschauer Pakt. Statt der Reintegration der beiden deutschen Staaten die westeuropäische Integration mit gemeinsamen Organen und Märkten. In Ministerien, Ausschüssen, Parteisitzungen führten die Rüstungs- und Atomexperten in Uniform und Zivil das große Wort und bezeichneten die Chancen zu überleben, wenn einmal die Militärkolosse, deren Demarkationslinie mitten durch Deutschland verläuft, aufeinanderstoßen würden. Das Thema der Wiedervereinigung blieb reserviert für Kundgebungen und Entschließungen, für die Arbeit von Fachkomitees oder für jene Idealisten, welche die Gefahr nicht scheuten, in den Ruf der Weltfremdheit oder Kommunistenfreundlichkeit zu geraten.

Das wurde erst anders, als man sich in Washington entschloß, das Steuer herumzuwerfen, nachdem das nukleare Monopol verlorengegangen war. Die beginnende Entspannung löste in Bonner Kreisen nicht freudige Genugtuung, sondern ernste Sorge, ja Schrecken aus, verdarb sie doch das Konzept der Militärexperten, die den Politikern bis dahin die Mühe abgenommen hatten, sich eigene Gedanken über die zukünftige Entwicklung zu machen. Es wurde dementiert, laviert, retardiert, und als es offenbar wurde, daß man in London ernstlich verhandelte, proklamierte man das Junktim zwischen Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung. Nachdem Jahre hindurch die gesamtdeutsche Frage

außenpolitisch an vorletzter Stelle rangierte, schien plötzlich Eile geboten. Dabei sind die Sowjets seit Potsdam nicht müde geworden, in ihren Noten und Erklärungen die Wiederherstellung der deutschen Einheit immer wieder als Hauptproblem der europäischen Entspannung zu bezeichnen. Anstatt die Herren im Kreml auch nur einmal beim Wort zu nehmen, bestand die Antwort in Rechtsverwahrungen, ideologischen Erörterungen, ablenkenden Nebenfragen. Die höchsten Instanzen der DDR appellierten an die verfassungsmäßigen Organe der Bundesrepublik — sie wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt. So sind wir von der Wiedervereinigung heute weiter denn je entfernt, so weit, daß es heute nur noch drei Möglichkeiten gibt: 1. Resignation, d. h. faktischen Verzicht darauf, 2. einen Krieg, durch den Deutschland zum Schlachtfeld und wahrscheinlich zum Totenacker würde, 3. Verhandlungen mit Moskau und Pankow. Der Preis für die Wiedervereinigung ist von Jahr zu Jahr höher geworden, denn die Zeit arbeitet gegen uns, militärisch, weltpolitisch, psychologisch. „Uns weht der Wind nicht ins Gesicht", hat Chruschtschow erklärt, als die deutsche Delegation ihr Moskauer Gastspiel gab. Wir haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren, wenn wir nicht Deutschland verlieren wollen.

Jahrelang wurde die deutsche Außenpolitik im Schatten Washingtons und der NATO gemacht. Es wird höchste Zeit, daß sie ihren eigenen Weg geht. Wir können nicht länger die Hände in den Schoß legen und darauf warten, daß sich andere unsere Köpfe zerbrechen. England und Frankreich haben ihre eigenen Sorgen, sie sehen sogar einer Wiedervereinigung mit gemischten Gefühlen entgegen. Für die Amerikaner und Sowjets waren die beiden deutschen Staaten bisher die vorgeschobenen Brückenköpfe in ihrer weltweiten Auseinandersetzung. Die Deutschen müssen selbst nach Wegen suchen, den unheilvollen Zirkel aufzulösen, in den sie verstrickt sind. Nach allem, was in acht Jahren an Scheidegrenzen aufgerichtet und an staats- und völkerrechtlichen Tatsachen geschaffen wurde, führt dieser Weg nur noch über Pankow, das für ein Drittel der Welt zum völkerrechtlichen und für 17 Millionen Deutsche zur machtpolitischen Realität geworden ist. Alles andere wären Halbheiten, Umwege, Illusionen. Wir haben auch die Herrscher im Kreml nicht nach ihrer demokratisch-parlamentarischen Legitimation gefragt, als sich der Bundeskanzler auf den Weg nach Moskau begab. Nur wenn es sich erweisen sollte, daß die Bereitschaft Pankows eine Täuschung ist, haben wir ein Recht, nach anderen Wegen zu suchen. Prestigefragen haben zu schweigen, wenn es um die Zukunft des ganzen Volkes geht.

Wir Deutschen müssen heraus aus den Klammern der großen Machtblocks, und das ist nur möglich, wenn Mitteleuropa aufhört, besetztes Land zu sein. Es ist ein Vorgang ohne geschichtliches Beispiel, daß ein großes Volk zwölf Jahre nach seiner Niederlage die Anwesenheit fremder Truppen als Garantie seiner Sicherheit wünscht und sich den widerstreitenden Interessen zweier Militärblocks und ihrer selbstmörderischen Waffen bereitwillig anvertraut. Italien hat sich freigemacht, Österreich ist ihm gefolgt, aus Japan rücken die amerikanischen Besatzungstruppen ab. Auch für die Räumung Mitteleuropas gibt es Vorschläge aus beiden Lagern. Wer als Deutscher diese Ansicht ignoriert, ironisiert und das Gespräch darüber wie einen spannenden Fußballmatch nach Punkten wertet, zeigt seine Ahnungslosigkeit oder Gleichgültigkeit gegenüber dem furchtbaren Ernst des gesamtdeutschen Schicksals.

Millionen von Deutschen zittern heute um ihre materielle und physische Existenz. Sie sind jäh aus dem Wahn aufgeschreckt worden, daß ihnen der nordatlantische Militärpakt und die Atombombe Sicherheit gewähren könnten. In Wirklichkeit hat die nukleare Aufrüstung das Existenzrisiko jeder betroffenen Nation und jedes einzelnen vertausendfältigt, die Weisheit der Generale ist am Ende, seitdem der drohende Atomkrieg Sieger und Besiegte gleich vernichtend treffen kann. Die Stunde der Staatsmänner hat geschlagen, die Stunde des Bietens und Forderns, der schöpferischen Idee, des klugen und zähen Verhandelns im Geiste des Vertrauens — nicht der Vertrauensseligkeit. Die weltweiten Gegensätze haben sich entspannt, der kalte Krieg ging in einen lauwarmen Vorfrieden über, — wer das Gegenteil behauptet, irrt oder lügt! Noch einmal, vielleicht ein letztesmal, öffnet sich spaltbreit die Tür, hinter der die Wiedervereinigung der Deutschen in Frieden und Freiheit zu finden ist. Wer sie nicht wünscht, sie belächelt, sie fürchtet, gehört nicht zu uns.

Prof. Dr. Leo Weismantel

# Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

## Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

7. Brief:

*Die Politik des Fürsten dieser Welt.*

Jugenheim (Bergstraße), im Juli 1957

Mein Lieber!

O Du mein Freund, höre mich weiter an!

All dies geschah! Die Amerikaner begannen ihre Pläne zu realisieren! „Entnazifizierungen", „Entmilitarisierung", „Demokratisierung" waren nicht mehr „aktuell", — die Propaganda-Schallplatten wurden zeitgemäß ausgewechselt. Unter allerlei Erpressungen schufen sie, — sie und keineswegs das deutsche Volk — den separatistischen Staat der „Bundesrepublik Deutschland". Die Deutschen, die hier schließlich mitmachten, taten dies unter ungeheuren Gewissensnöten und im Gefühl, die Legalität zu verletzen, etwas für die Zukunft des ganzen Volkes vielleicht höchst Unheilvolles einzugehen, — aber sie mochten wohl auch denken, es sei nicht zu umgehen, einen Notstaat aufzurichten, — es gelänge, ihn bald überflüssig zu machen, es gäbe aus der Lage keinen anderen Ausweg, das Volk aus den Verhältnissen herauszuführen, die von Tag zu Tag unerträglicher wurden. Was wir hier berichten, geschieht ohne jeden Vorwurf! Aber es gilt, unsere Lage, die heute noch von jenen Vorgängen bestimmt ist, zu erkennen! Ohne Korrektur jener Abmachungen ist Deutschland verloren!

Es geschah jetzt etwas, was verriet, daß ein geheimer Handel abgeschlossen worden war, der eine der beiden Partner begann zu zahlen: die Läden füllten sich mit Waren, — das „Wirtschaftswunder" begann! Was war die „Gegenleistung" in dem Brief, der in den Fundamenten dieser Bundesrepublik hinterlegt war? — Die „Gegenleistung"? — Land und Reich, Volk und Seelen.

Was hätte Deutschland durch jene, an welche die Amerikaner jenes mysteriöse politische Geschäft heranbrachten, antworten sollen oder müssen? — vom religiös christlichen Standort her antworten müssen, als Amerika, Euch mißbrauchend, von sich aus die Bundesrepublik zu schaffen und Westdeutschland sich zum Stützpunkt seiner gegen Rußland gerichteten Militärpolitik zu machen begann, denn darum allein ging es!

„Nein, — Amerika, — nein!" hätten sie sagen müssen! „Wir haben gegen Rußland einen furchtbaren Krieg geführt, wir haben diesem Land Unverantwortbares angetan, — wir nehmen keine Waffen mehr in die Hand, schon gar nicht gegen ein Land, dem wir Unrecht getan haben, — weder gegen Euch, noch gegen Frankreich, noch gegen die UdSSR, — weder nach dem Osten, noch nach dem Westen! —

Die Welt hat uns zweimal in ein Gericht gezogen: zu Versailles 1918/19 und jetzt wieder in Nürnberg! Das vergißt kein Volk, — das darf es nicht vergessen! Wir haben uns zweimal an einem Weltbrand schuldig bekannt, — wir nehmen keine Waffen mehr in die Hand! Ihr ließet uns das selbst schwören! Wir wollen Friede! Ihr sollt Friede mit uns schließen, — Friede mit Euch, mit der USA, mit Frankreich, mit England, mit der UdSSR, — Friede mit der ganzen Welt, da die ganze Welt gegen uns aufgestanden ist! Wir haben dem Hitlertum abgeschworen! Wir wollen als Land des Friedens zwischen Euch liegen! Ihr müßt das verstehen: wir können uns von dem, was wir als richtig erkannt haben, nicht abbringen lassen. Wir wissen wohl, daß neue Kriege entstehen können, — vielleicht sogar werden, — aber wir wollen und werden keine Hand dazu reichen, einem von Euch die Möglichkeit zu geben, daß der eine von Euch den anderen über unseren Leib hinweg anfällt, — wer auch der Angreifer sei! Geht zurück in Eure Länder: Amerika den Amerikanern, Rußland den Russen, — Deutschland den Deutschen! Und die Neuordnung der Welt muß von anderen Sichtweiten aus erfolgen!

Wir haben eine große Schuld auf uns geladen, — Ihr habt die Sprüche von Nürnberg gefällt und vollzogen! Ihr habt unser ganzes Volk an den Pranger gestellt! Freundschaft muß auf neuen Grundlagen gewonnen werden! Noch sind zu viele Wunden offen, — uns und Euch! Wir haben unser zerstörtes Land aufzubauen, — wir ha-

ben Millionen von Menschen, die von den Nazis gequält, an Leib und Leben und an Gut geschädigt wurden, — wir haben gutzumachen an allen Geschädigten, nicht nur an Euch, auch im eigenen Volke! Unsere Städte liegen in Trümmern, — Ungezählte wohnen in Höhlen, sie hatten Jahre hindurch nicht das Nötigste an Nahrung und Kleidung und Wohnung! Wir müssen sie gesundmachen und die Häuser bauen, in denen sie leben können! Wir müssen eine neue Volksordnung aufrichten, eine neue Arbeitsordnung, eine Ordnung der sozialen Gerechtigkeit, — wir müssen Schulen bauen, — Schulen! — Schulen! — immer wieder Schulen! Wir haben zu sorgen für Kriegskrüppel und Vertriebene und Evakuierte, — wir haben auf Jahrzehnte Werke des Friedens zu tun! —

Diese und keine anderen!

Ihr wollt, daß wir jetzt von dem, was wir vordringlich zu tun haben, lassen und die Sparpfennige unserer Arbeit erst einmal in phantastische Kriegsrüstung stekken! Ihr wollt, daß wir Euch unsere Söhne als Sturmtruppen geben, — in eine Fremdenlegion! Nein, — nein! Ihr sollt nicht sagen, so sei das ja nicht, wir seien ‚gleichberechtigt' und so! Wir wissen, daß das nicht so ist! Es ist, wie es ist! Schon schreit der Führer der Opposition: ‚Seht den Kanzler der Besatzungsmächte!' Schon schreiben Zeitungen, wir sollten Euch unsere Jugend verkaufen wie ehedem die Landesherren von Hessen ihre Landeskinder verkauft hätten! Hier, lest Schillers ‚Kabale und Liebe' und die furchtbare Anklage! Ihr sagt wohl — so sei das nicht und unsere Landeskinder in der neuen, von Euch gewollten Armee sollten nur für Jahre mitmachen, bis das Vertrauen ganz zu uns sich gefestigt habe und Friede geschlossen sei, — nein, das können wir nicht. So wollen wir warten! Schon verlangt Ihr, daß wir Eure Spitzel, die Ihr Euch aus der Nazi-Gestapo ausgesucht habt, aus dem Spionage-Geheimdienst der Nazis, in unsere eigenen Dienste auf uns übernehmen! Wir beschwören Euch, wie könnt Ihr glauben, daß wir das täten! Wie stünden wir vor unserem eigenen Volke da? Schon verlangt Ihr, daß wir die Nazigenerale und Angehörige von militärischen Naziorganisationen, die Ihr selbst als ‚verbrecherisch' geächtet habt, in unsere Dienste nehmen! Schon verlangt Ihr, daß wir Ämter schaffen, deren Tätigkeit, wie westliche Zeitungen schreiben, der berufsmäßige ‚Rufmord', die Vernichtung des ehrlichen Rufes politisch Andersdenkender und die Vernichtung ihrer Existenz ist! Was wollt Ihr aus uns machen? Seht auf die von Euch lizenzierte Bildpresse! Hört auf den Katzenjammer des von Euch lizenzierten Rundfunks, in dem die heimlichen Interessentrusts der von Euch lizenzierten Nutznießer Tag für Tag in unseren Ohren jaunern. —

Schon sagen Eure Atomstrategen sehr genau und mit erschütternder Offenheit, daß die neue von Euch und für Euch aufgebaute Wehrmacht, unter fremdem Kommando, am ‚Tage X' der großen Katastrophe nichts anderes ist als der ‚Schild', hinter dem Ihr Euch zum letzten Angriff konzentriert! Es ist die deutsche Wehrmacht der Bundesrepublik ein Haufen Verlorener, — schon legen Eure Atomstrategen in dankenswerter Offenheit das Ergebnis Eurer Atommanöver der Weltöffentlichkeit vor und berechnen die Millionen, — Millionen deutscher Toten, — schildern die zur Wüste ausgebrannte deutsche Erde unseres Vaterlandes. —

Wie können wir das vor unserem Volke verantworten? — Es wäre ja die Einwilligung in den Selbstmord eines ganzen Volkes, den Ihr von uns wollt! So Satanisches ist nie einem Volke zugemutet worden!

Jeder weiß, daß die ständigen Atombombenversuche die ganze Menschheit verseuchen können, — Ihr wollt, daß wir dazu ‚ja' sagen, daß wir unser Volk Tag für Tag durch falsche Informationen belügen. —

Ihr wißt, daß die östlichen Teile Deutschlands in Händen der UdSSR sind. Stellt Ihr Euch vor, daß wir Deutsche im Westen gegen Deutsche in Mittel- und Ostdeutschland einen Bruderkrieg führen sollen? Dazu werdet Ihr, ganz gleichgültig, welche politischen Spannungen unter Parteien entstehen, keinen einzigen Deutschen bekommen! Deutsche schießen nicht auf Deutsche! Ihr verlangt nicht nur, daß die Zeit des Friedensschlusses nach diesem Welkrieg für uns auf unfaßbare Zeiten verschoben wird, — Ihr verlangt, daß wir Euch Deutschland verhökern! Ihr wollt uns zu Eurem Komplizen machen! — oder sagen wir ‚Parteigänger', ‚Bundesgenossen'. So zwingen wir, wenn wir darauf eingingen, die Deutschen in der russischen Besatzungszone, sich ebenso der UdSSR zu ergeben, — der Bruch wird zu einem Abgrund ohne Brücke zwischen uns! Ihr vernichtet ganz Deutschland! Ihr laßt es unter-

gehen! Das müßt Ihr vor Eurem Gewissen und vor den Völkern der Welt verantworten. Aber Ihr könnt nicht erreichen, daß wir selbst uns zu Vollstreckern Eures Vernichtungsurteiles machen, das Ihr gegen unser Volk aussprecht!

Ihr wollt uns, die wir aller Kriegführung abgeschworen haben, zu Wortbrüchigen machen. Ihr wollt, daß wir selbst unsere Moraltheologen korrumpieren und damit selbst unseren religiösen Glauben in der Welt jeder Vertrauenswürdigkeit berauben!

Wir sind Christen! Was Ihr von uns wollt, ist der eindeutige Verrat an Christus! Ihr könnt uns vernichten, aber Ihr könnt uns nicht korrumpieren!"

Das ist aber n i c h t gesagt worden!

Gesagt worden ist den Widerstrebenden: „Es wird alles nicht so schlimm! Es wird sich schon ein Ausweg vor der Katastrophe finden! Macht nur vorerst mal! Tut, was wir von Euch wollen! Ihr habt keine andere Wahl! Und seid zufrieden, wir helfen Euch schon gegen die Russen, die fressen Euch ja sonst doch!

Die Russen haben ja ein Stück von Euch, — das habt Ihr uns selbst eben vorgetragen, und nur eine Politik der Stärke wird erreichen, daß Ihr wiederbekommt, was Ihr im Augenblick noch nicht habt! Das könnt Ihr nur von uns bekommen! Wir haben die Atombombe! Wir sind die Herren der Welt! Wir werden mit jedem fertig!"

So ist es geschehen. Der Hinweis auf die „Gottlosigkeit der Kommunisten" ließ diesen Amikreuzzug als Gott wohlgefälliges Werk erscheinen und war ein — Höllenspiel.

Uns steht es nicht zu, uns in eine neue Kriegsbruderschaft gegen wen immer hineinmanövrieren zu lassen.

Vorerst haben wir Sorge, uns der Gottlosigkeit, die uns umstrickt, zu entreißen und den Weg zu finden einer eindeutig Christo verbundenen Politik, und diese kann nur darinnen bestehen, grundsätzlich der Bitte des Vaterunsers zu gehorchen: F ü h r e u n s n i c h t i n V e r s u c h u n g ! Wir leisten dem Bösen grundsätzlich keine Dienste, komme es, woher es wolle!

D e u t s c h l a n d s W a f f e n l o s i g k e i t u n d D e u t s c h l a n d s u n b e d i n g t n e u t r a l e P o l i t i k i s t d i e e i n z i g s i t t l i c h m ö g l i c h e u n d d i e e i n z i g v o r C h r i s t u s , d e m M e i s t e r u n d G e s e t z g e b e r d e r B e r g p r e d i g t , v e r a n t w o r t b a r e P o l i t i k ! D i e d i e s a l s r e l i g i ö s e S c h w ä r m e r e i b e z e i c h n e n , s i c h v o r u n s a l s „ R e a l p o l i t i k e r " a u f s p i e l e n , s p r e c h e n v o r C h r i s t u s d a s s e h r d e u t l i c h e „ N o n s e r v i a m " ! E t w a s a n d e r e s g i b t e s n i c h t !

---

## *Forum*

Prof. Dr. F r a n z P a u l S c h n e i d e r

### Deutschland zwischen West und Ost

Auf einer Arbeitstagung des Deutschen Klubs 1954 am 6./7. Juli 1957 in Königstein/Taunus hielt Prof. Dr. Franz Paul Schneider folgendes Referat:

*. . . etwas ist ausgeblieben*

„Ein Volk", schreibt Nicolo Macchiavelli, „behält lange die gleichen Sitten" (Discorsi 3). Mit den „Sitten" ist nicht nationales Brauchtum gemeint, sondern die politische und militärische Mentalität. Seit Deutschland um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aus einem Volk des Geistes zu einem Volk der wirtschaftlichen Macht und der Waffen wurde, hat es eine Mentalität angenommen, in die es immer wieder zurückfällt. Den Risikofaktor dieser Mentalität muß man klar erkennen, wenn man die Schwierigkeiten verstehen und würdigen will, die auf Seiten unseres Volkes selbst der Lösung der vordringlichsten nationalen Aufgabe entgegenstehen.

Mit Bismarck, der trotz mancher Enge und Einseitigkeit unbestreitbar staatsmännisches Genie besaß, begann jene Ära der „Realpolitik", die noch heute unseren Blick für die außenpolitische Wirklichkeit der Welt trübt. Die Nation begann sich ihres früheren Ansehens als eines „Volkes der Dichter und Denker" zu schämen. Äußerer Glanz, Reichtum, schimmernde Wehr und eine ziellose Betriebsamkeit wurden mehr und mehr zum Lebensinhalt eines Volkes, das noch auf den Bildern Ludwig Richters mit den liebenswerten Zügen der Bescheidenheit und stillen Zufriedenheit erschien. Immer entschiedener erhob das wilhelminische Deutschland den Anspruch auf eine Art Schiedsrichterrolle in der Welt. Noch waren starke Gegenkräfte am Werk. Das Bürgertum verfügte weithin noch über einen Schutz echter Bildung, und es gab Vertreter des Großbürgertums und des Adels mit lebendigem Kulturbewußtsein und grandseigneuraler Gesinnung. Aber der Kult der Macht war lockender als der Dienst am Geiste. Deutschland war zu schnell ein Industriestaat und eine Militärmacht geworden. Die Gesellschaft war überfordert, und das Wachstum der inneren geistigen und moralischen Kräfte hielt nicht Schritt mit der immer geräuschvolleren Entfaltung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Energien. Das extrovertierte Wesen, das die Gesellschaft in Deutschland nun annahm, hat Heinrich Mann im „Untertan" unvergänglich geschildert.

In England, in Frankreich und den USA hatte sich längst ein demokratisches Gemeinwesen und ein demokratisches Lebensgefühl entwickelt. Das deutsche Volk blieb in obrigkeitsstaatlichen Denkformen befangen. In unserer Geschichte hatte alles dazu beigetragen, Freiheitsliebe und aufrechten Bürgersinn zu unterdrücken: die hohe Meinung Luthers vom göttlichen Auftrag der weltlichen Obrigkeit, die Katastrophe des Bauernkrieges, die Ausbildung der Gutsherrschaft in Ostdeutschland, der Aufbau des preußischen Staates, dieses an sich bewunderungswürdigen Produkts äußerster Anstrengung, dem aber die Freiheit organischen Wachstums fremd und verdächtig erschien.

Der erste Weltkrieg endete mit dem Sieg der demokratischen Staaten und der Demokratie. Es war kein Zufall, daß zu den Verlierern auch das zaristische Rußland gehörte. Man hätte annehmen können, daß das deutsche Volk auf die militärische Niederlage mit einem Akt radikaler Selbstbesinnung reagieren würde. Aber das geschah nicht. „Für mich", schrieb damals der Dichter Rainer Maria Rilke, „besteht kein Zweifel, daß es Deutschland ist, das, indem es sich nicht erkennt, die Welt aufhält... Etwas ist ausgeblieben, was alles ins Maß gerückt hätte; Deutschland hat versäumt, sein reinstes, bestes, sein auf ältester Grundlage wieder hergestelltes Maß zu geben — es hat sich nicht vom Grunde aus erneuert und umbesonnen, es hat sich nicht jene Würde geschaffen, die die innerste Demut zur Wurzel hat, es war nur auf Rettung bedacht in einem oberflächlichen, raschen, mißtrauischen und gewinnsüchtigen Sinn, es wollte leisten und hoch- und davonkommen, statt, seiner heimlichsten Natur nach, zu ertragen, zu überstehen und für sein Wunder bereit zu sein. Es wollte beharren, statt sich zu ändern. Und so fühlt man nun: . . . etwas ist ausgeblieben."

*Die Zerstörung der Grundlagen für die Wiedervereinigung*

Auch nach dem zweiten Weltkrieg brachte das deutsche Volk nicht den Entschluß auf, in sich zu gehen und sich von den politischen Methoden der letzten 50 Jahre endgültig loszusagen. Es vermochte sich nicht von den Vorurteilen der Vergangenheit zu lösen — nicht ohne Mitschuld der Siegermächte —, und so wurde die kostbare Spanne Zeit vertan, in der die entschlossene Abrechnung des deutschen Volkes mit seiner Vergangenheit die Welt vielleicht von einem grundlegenden Sinneswandel überzeugt hätte. Aber der deutsche Organismus war zu sehr geschwächt, um das Gift, das ihm 12 Jahre eingeimpft wurde, über Nacht wieder auszuscheiden. Vielleicht wurde damals auch die günstigste Gelegenheit versäumt, die deutsche Einheit zu erreichen, zu deren Herstellung sich die Siegermächte im Potsdamer Abkommen verpflichtet hatten.

Es war niemals die Rede davon, daß Deutschland endgültig geteilt werden sollte. Zwar spielte Präsident Roosevelt mit dem Gedanken, das Reich zu zerstückeln und damit die deutsche Gefahr ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Wir wissen, daß er sich im November 1943 in Teheran für eine Aufspaltung Deutschlands in fünf autonome Staaten aussprach. Aber Stalin widersprach diesem Vorschlag — mit der bezeichnenden Begründung, daß die fünf Staaten solange einen Unruheherd bilden würden, bis sie wieder vereinigt wären. Schon am 23. 2. 1942 hatte der Generalissimus kategorisch erklärt: „Das

deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt!" Auch in Jalta wurde nicht die Aufteilung Deutschlands, sondern lediglich die Bildung von vier Besatzungszonen für eine Übergangszeit vereinbart. Die Errichtung „einer zentralen deutschen Regierung" und die Schaffung administrativer Ansatzstellen bildet einen wesentlichen Punkt im Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945. Daß der völkerrechtliche Status Deutschlands nicht im Sinne der feierlich proklamierten Absicht geklärt wurde, lag vor allem am Widerstande Frankreichs, das — im Banne der Konzeption Richelieus — die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu vereiteln suchte. Schließlich aber war es die wachsende Entfremdung zwischen den Westmächten und der UdSSR, die den Tag der deutschen Wiedervereinigung in unbestimmte Ferne rückte. Die von Roosevelt, aber auch von seinem Gegenspieler Wendell Willkie vertretene Idee der „unteilbaren Welt" („one world") hatte die Zerreißprobe nicht bestanden. Der kalte Krieg, der den Westen und den Osten entzweite, bot Westdeutschland eine Chance, die es mit unbestreitbarem Erfolg ausnutzte. Die westliche Welt, die eben noch den deutschen Militarismus auf die Anklagebank versetzt hatte, erinnerte sich der militärischen Begabung der Deutschen als ihrer brauchbarsten Eigenschaft. Im Mai 1949 wurde der westdeutsche Sonderstaat geschaffen. Ein zweiter Staat wurde am 7. Oktober 1949 von den Parteien der sowjetisch besetzten Zone errichtet — „ein Akt der nationalen Selbsthilfe" (Otto Grotewohl), um, wie man sagte, diesen Raum „nicht zu einem völkerrechtlichen Niemandsland werden zu lassen".

Die Bundesregierung hatte sich bereits ganz auf den Westen festgelegt, als am 10. März 1952 — ein Jahr vor Stalins Tod — die UdSSR eine Note an die Westmächte richtete, die nach Ansicht von Paul Sethe einen Wendepunkt der deutschen und der internationalen Außenpolitik hätte bedeuten können. In dieser Note wurde dem deutschen Volke die staatliche Einheit auf der Grundlage freier Wahlen angeboten, unter der Bedingung, daß das wiedervereinigte Deutschland sich feierlich verpflichtet, keinem Militärpakt beizutreten. Die Bundesregierung war aber nicht bereit, ihre Außenpolitik einer Überprüfung zu unterziehen. Sie rechnete immer noch mit einer für sie günstigen Entwicklung im noch unkonsolidierten Ostraum. Diese durchaus in den Rahmen staatsmännischer Erwägungen fallende Spekulation verlor allerdings an Gewicht, als die Sowjetunion am 20. August 1953 die erste H-Bombe zur Explosion brachte. Dadurch schien die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten zwar nicht beseitigt, aber doch vermindert.

Nach dem Scheitern der EVG begannen die Verhandlungen über die Aufnahme der Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt. In dieser Mitgliedschaft sah die UdSSR eine ernste Gefahr, und sie wiederholte am 15. Februar 1955 ihr früheres Angebot: gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle. Gegenleistung: Verzicht Westdeutschlands auf den Beitritt zur NATO. Kein außenpolitisches Ereignis hatte in der Bundesrepublik eine so starke Bewegung ausgelöst wie diese zweite sowjetische Note. Die Bevölkerung wurde von dem unbestimmten Gefühl erfaßt, an einer Wende seiner Geschicke zu stehen. Die allgemeine Unruhe fand spontan ihren Ausdruck in der sog. Paulskirchenbewegung (Manifest vom 29. 1. 1955), die den Charakter einer echten Volksbewegung an-

---

## *Kristallnacht von Magolsheim*

Wie nach jedem Kriege noch jahrelang hinterher liegengebliebene, nicht rechtzeitig entschärfte Geschosse hochgehen und Menschen in Stücke reißen, werden bei uns hin und wieder bis auf diesen Tag verkleckerte Spritzer des NS-Giftes wirksam, weil auch sie nicht, als noch Zeit gewesen wäre, bis auf den Grund ausgeräumt worden sind. Beweise dafür hat es in den vergangenen Monaten zahlreiche gegeben; doch haftet wohl keinem soviel Schauerlichkeit an wie diesem:

Eine der bitter wenigen Zigeunerfamilien Deutschlands, die Auschwitz und dergleichen Stätten mehr überlebt haben, machte sich nach 1945 in Herrlingen bei Ulm seßhaft und vermehrte sich auf schließlich 24 Seelen. Während ihnen letzterer Umstand ob der nachgerade biblischen Sorglosigkeit, die er verrät, beim Herrgott im Himmel gewiß Wohlgefallen eintragen wird, trug er ihnen bei den Herrlingern auf Erden Mißfallen ein, — nicht nur, weil sie so viele, sondern vor allem, weil sie Zigeuner waren — hintergründige, mit Offenbarungsweisheit ausgestattete Fremdlinge, die der vordergründigen und dazu noch hohlen Schaffigkeitsmoral eines kleinen

zunehmen schien. Daß die Paulskirchenbewegung schließlich über den ersten Anlauf nicht hinauskam, lag an dem Mangel einer klaren außenpolitischen Konzeption. So wurde die vorläufig letzte Gelegenheit versäumt, die deutsche Frage einer Lösung entgegenzuführen.

Die Regierung, die eine zwar rein spekulative, aber logisch besser fundierte Außenpolitik vertrat, setzte sich durch. Die Pariser Verträge wurden unterzeichnet, am 7. Juli 1956 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die UdSSR sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, in ihrer Deutschlandpolitik einen neuen Kurs einzuschlagen. Bereits in einer Note vom 13. 11. 1954 hatte die UdSSR gegen die Pariser Verträge Einspruch erhoben und betont, daß die in London und Paris entwickelten Pläne „der Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Einbeziehung eines remilitarisierten Deutschlands in militärische Gruppierungen" die „Lage in Europa unweigerlich komplizieren" würden. Der neue Standpunkt in der deutschen Frage wurde zum erstenmal am 12. Juli 1955 von Radio Moskau bekanntgegeben. Es wurde erklärt, daß die Wiedervereinigung in der angebotenen Form durch die militärische Bindung der Bundesrepublik an den Westen unmöglich geworden sei. Die deutsche Frage könne jetzt nur noch im Rahmen eines kollektiven Sicherheitspaktes unter vorläufiger Beibehaltung der beiden deutschen Teilstaaten schrittweise gelöst werden. Als der Bundeskanzler zu Verhandlungen in Moskau weilte, mußte er sich am 10. 9. 1955 von Chruschtschow sagen lassen: „Wir haben Sie mehrmals ehrlich gewarnt. Wir haben davor gewarnt, daß der Beitritt zum atlantischen Block die Wege für die Wiedervereinigung in der näheren Zukunft abschneidet." Auf der Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955 (27. 10. bis 16. 11.) wurde die „mechanische Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands" von Molotow als unmöglich bezeichnet und die Aufrechterhaltung der „sozialen Errungenschaften" in der DDR zur conditió sine qua non gemacht. Auf dem 20. Parteitag der KPSU nannte Chruschtschow als notwendige Voraussetzungen zur Lösung der deutschen Frage: ein europäisches System der kollektiven Sicherheit, die Aufhebung der Pariser Verträge und die „Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten". Am 7. 9. 1956 ließ die Bundesregierung durch ihren Botschafter in Moskau ein Memorandum zur deutschen Frage überreichen. Sie berief sich eigenartigerweise darin auf die sowjetischen Angebote von 1952 und 1955 wie ein Mädchen, das auf Heiratsanträge zurückkommt, die es einfach ignorierte, solange sie aktuell waren. Die Note wurde von der Regierung der UdSSR am 22. Oktober 1956 mit geradezu pedantischer Genauigkeit beantwortet. Die Sowjetunion wies in ihrer Note erneut darauf hin, daß die Bundesrepublik „nur die Früchte ihrer eigenen Politik ernte", und wiederholte ihren bekannten Standpunkt: Die Bundesregierung müsse zuerst ihren politischen Kurs, der Westdeutschland in den „Herd eines neuen Krieges und der Reaktion in Europa" verwandelt, ändern. Es hat in der Zwischenzeit noch mehrmals ein Gedankenaustausch über die Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR stattgefunden. Der neueste Stand der Diskussion ergibt sich aus der Note der

---

deutschen Wirtschaftswundermarktes einfach durch ihr Sosein lästig fielen. Und obwohl die Zigeuner sich in keiner Weise schädlich verhielten, ja nicht einmal stiebitzten, wollte man sie wieder loswerden.

Das Volk machte sich beim Gemeinderat und dieser beim Bürgermeister stark — immer wieder und immer stärker. Der Bürgermeister scheint sich zunächst ehrenhaft verhalten zu haben — jedenfalls stellte er hinterher den ebenso wie jeder andere Bundesbürger zur Steuerzahlung verpflichteten Zigeunern ein gutes Leumundszeugnis aus und wies sogar darauf hin, daß sie mit ihm den Keller geteilt hätten, ohne daß es je zu Kalamitäten geführt hätte, — doch nahm der Druck auf ihn derart zu, daß er am Ende nachgab:

Als nämlich das Oberhaupt der wiederholt zum Wegzug gedrängten Zigeunerfamilie mit der Mitteilung ankam, es habe mit Hilfe eines Maklers in Magolsheim — einem unweit Herrlingen gelegenen Ort — ein kleines altes Haus entdeckt, das werde feilgeboten, koste aber 14 000 Mark und soviel habe seine Familie nicht, da einigte sich der Bürgermeister mit dem Gemeinderat, daß die Gemeinde Herrlingen den Zigeunern, nur um sie loszuwerden, den Kaufpreis zur Verfügung stellen werde.

Und es schien zu klappen: die Zigeuner kauften dem Makler das kleine alte Haus

Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Juni 1957*). Die sowjetische Regierung befaßt sich darin mit der „Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und der Umwandlung Westdeutschlands in einen Atomkriegs-Aufmarschraum in Europa". Zur Frage der Wiedervereinigung erklärt die sowjetische Regierung: „Je weiter die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Militarisierung geht, je enger sie sich mit dem Nordatlantischen Block und seinen militärischen Plänen liiert, desto weiter entfernen sich die beiden deutschen Staaten voneinander, desto mehr wird die Grundlage zerstört, auf der die friedliche Vereinigung Deutschlands erfolgen könnte."

*Restaurative Kräfte*

Die Bundesregierung hat aber nicht nur durch ihre Aufrüstungs- und Bündnispolitik die deutsche Wiedervereinigung verhindert, sondern auch durch ihr Verhalten und bestimmte Maßnahmen das Verhandlungsklima bewußt verschlechtert. Die Bundesregierung läßt es zu, daß die restaurativen Kräfte in Westdeutschland immer mehr die Oberhand gewinnen. „Heute", so heißt es in der Entschließung der IG Druck und Papier, die auf dem letzten Gewerkschaftstag angenommen wurde, „ist der bürokratische Apparat bis hinauf in die obersten Spitzen der Regierung von antidemokratischen Kräften durchsetzt und damit die weitere Entwicklung der Demokratie aufs äußerste gefährdet." Durch Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums vom 1. 9. 1956 wurden die ehemaligen Führer der Waffen-SS bis zum Obersturmbannführer aufwärts zur Bundeswehr zugelassen. Am 17. 8. 1956 wurde die KP verboten, eine Maßnahme, die die UdSSR nicht als rein innerdeutsche Angelegenheit betrachten konnte, da die KP sich nach dem Potsdamer Abkommen frei betätigen durfte.

In Reaktion auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO entschloß sich die Sowjetunion, die völkerrechtliche Stellung der DDR zu festigen und ihre eigene militärische Position zu verstärken. Am 20. 9. 1955 schloß sie in Moskau einen Vertrag mit der DDR, in dem sie dieser jede militärische Hilfe zusagte. Schon im Mai 1955 war als Gegenstück zur NATO der Warschauer Pakt errichtet worden, in den am 29. 1. 1956 in Prag die DDR in feierlicher Form eingegliedert wurde. Die DDR ist allerdings ermächtigt, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist jederzeit aus dem Pakt auszutreten, wenn die Bundesrepublik ihrerseits aus der NATO ausscheidet.

Die Bundesrepublik ist heute an der Grenze ihrer außenpolitischen Möglichkeiten angelangt. Die Atlantikpolitik hat sich, wie es Hermann Rauschning 1950 voraussagte, als eine „dead-end-Politik", „eine politische Sackgasse" und als Fortsetzung der „deutschen Schizophrenie" erwiesen. Die Politik der einseitigen Westorientierung führt günstigstenfalls zu einer Verewigung des status quo. Die UdSSR kann schon aus völkerrechtlichen Gründen nicht mehr wie 1952 frei über Gebiet und Bevölkerung der DDR verfügen.

Man braucht kein Militärexperte zu sein, um zu wissen, daß im Falle eines Atom-

*) Siehe auch „Zeitdokumente" dieses Heftes.

---

in Magolsheim ab. Das erfuhren aber die Magolsheimer, und sie waren sogleich entschlossen, sich so etwas nicht gefallen zu lassen. Zigeuner? Und dann noch 24 auf einmal? Wer weiß, wie viele Kinder darunter waren — würde das nicht bedeuten, daß ihre eigenen, wenn auch vielleicht noch so dummen, doch sauber gewaschenen Kinder mit Zigeunerkindern zusammen zur Schule gehen mußten, und würde es nicht vielleicht auch bedeuten, daß die Gemeinde einen zweiten Lehrer einzustellen hätte?

Magolsheim begann sich zu rühren; es wurde gedroht, intrigiert, appelliert — aber der Kaufvertrag war gültig. Rückgängig machen wollten die Zigeuner ihn nicht; denn sie hatten schreckliche Jahre unter Hitler und unschöne Jahre als Mieter und Untermieter in Herrlingen erlebt, und nun freuten sie sich schon darauf, endlich alle beisammen in einem kleinen eigenen Häuschen wohnen zu können, — ebenso, wie sich auf den gleichen Umstand eine jede deutsche Flüchtlingsfamilie nach jahrelangem Lagerdasein freuen würde.

Aber die Magolsheimer blieben hart. Jemand entfachte unter ihnen eine Volksbewegung. Der Bürgermeister sah tatenlos zu, und so geschah schließlich in einem Lande äußerster Wohnungsnot das Folgende: die jungen Leute von Magolsheim,

krieges die Bundesrepublik in wenigen Stunden in eine Wüste verwandelt würde. Die tödliche Bedrohung der Bundesrepublik würde noch gesteigert, wenn die künftige Regierung die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen zulassen und sich mit der Lagerung von atomaren Sprengkörpern auf deutschem Boden einverstanden erklären würde. Mit der atomaren Aufrüstung jedes weiteren Landes wächst die Gefahr eines Atomkrieges in geometrischer Progression. Das mindeste, was daher gefordert werden muß, ist die Beschränkung des Monopols der Atomwaffen auf die USA, England und die UdSSR. Besonders bedenklich wäre es, die Bundesrepublik mit Atomwaffen auszustatten, weil in unserem Lande der militaristische Geist am wenigsten überwunden ist und Teile der Bevölkerung für nihilistische Lösungen durchaus ansprechbar sind. Das Nibelungenlied berichtet von der Schicksalsbesessenheit unserer Vorfahren, und es scheint, daß der Hang zu einem weltflüchtigen Paktieren mit dem Tod noch in manchen ihrer Nachfahren lebendig ist und der Welt zum Verhängnis werden könnte.

Die Bundesregierung setzt sich in ihrer Außenpolitik immer mehr in Widerspruch mit dem allgemeinen Trend der weltpolitischen Entwicklung. Wenn auch das annähernde Gleichgewicht der militärischen Potentiale für eine gewisse Zeit imstande ist, den Weltfrieden zu sichern, so wissen doch die Weltmächte, daß der Rüstungswettlauf nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Jeder Schritt in der Richtung eines Rüstungsstops und der Abrüstung vermindert aber den militärischen und politischen Funktionswert der Bundesrepublik. Diese wird also zwangsläufig zu einem Land, das, um mit Rilke zu sprechen, die „Welt aufhält", zu einem retardierenden Faktor, wofür sich hinreichend Beispiele aus der letzten Zeit anführen ließen. Je mehr sich die Anzeichen häufen, daß der Weltkommunismus in einem Prozeß der demokratischen Auflockerung begriffen ist, desto mehr muß die Drohung aus dem Osten übertrieben werden. Die Regierung weiß, daß sie die Wahrheit der geschichtlichen Entwicklung gegen sich hat. Man könnte sich denken, daß sie von sich aus das Steuer herumwerfen würde und damit der wachsenden Opposition zuvorkommen könnte. Das wäre aber nur möglich, wenn sie ihre Außenpolitik als Kunst des Möglichen und nicht als Glaubenskampf betrieben hätte. Die Regierung Adenauer hat sich endgültig festgelegt. Sie wird niemals freiwillig zurücktreten. Würde sie aber wiedergewählt, so wäre sie im Laufe der nächsten Legislaturperiode gezwungen, mit den Mitteln einer autoritären Demokratie zu regieren. Auch vom Standpunkt der Verteidigung der demokratischen Verfassung und der Grundrechte ergibt sich so die Bedeutung der kommenden Wahlen.

*Deutschland ist Brückenland*

Den Deutschen wird die allein mögliche Außenpolitik schon durch die geographische Lage und die Rolle vorgeschrieben, die Deutschland in der europäischen Geistesgeschichte gespielt hat. Mit Recht betont Hermann Rauschning immer wieder, daß die deutsche Außenpolitik nicht in einer Option für den Westen oder für den Osten bestehen könne, daß vielmehr Deutschland „als ein Land der Mitte zwischen Ost und West steht und ste-

---

angestiftet von den Alten und vom Bürgermeister, der alles wußte, nicht gehindert, rotteten sich zusammen und rissen in der Nacht, die dem Einzug der Zigeuner vorausging, das Haus bis auf die Grundmauern ein. Als die rechtmäßigen, aber dunkelhäutigen Eigentümer am anderen Morgen eintrafen, standen sie vor einem Trümmerhaufen und mußten sich auch noch auslachen lassen, hehe!

Das war die Kristallnacht von Magolsheim. Dennoch hätte ich sie hier vielleicht nicht festgehalten, wenn nicht zu fürchten wäre, daß ein Gleiches auch anderswo im Lande hätte geschehen können. Und daß die Geschichte vermutlich ein gerichtliches Nachspiel haben wird — bei dem es dann natürlich wieder niemand wird gewesen sein wollen —, wirkt nicht beruhigend, sondern beinahe zynisch angesichts der Tatsache, daß so etwas in einem Lande, das sich christlich nennt und dem 1945 Lektionen für Jahrhunderte aufgegeben worden sind, überhaupt passieren kann.

Hier haben wir eine subtile Frucht der „Politik der Stärke": den Rückfall in die Denkungsart eines Rosenberg und Himmler. Wir können uns zu unserer „Demokrazia christiana" wirklich gratulieren.

*Johannes Weidenheim*

hen bleiben muß und keine Wahl hat, keine andere Funktion hat und haben kann, als Mitte zu sein, als zu vermitteln, zu verbinden, und, wenn möglich, auszugleichen". In der Tat haben bedeutende deutsche Staatsmänner — von Gneisenau über Bismarck bis zu Stresemann und Rathenau — vor allem auf gute Beziehungen zu Rußland Wert gelegt. Gewiß stehen uns die Vereinigten Staaten durch das gemeinsame Kulturbewußtsein und den stärker ausgeprägten Individualismus gefühlsmäßig und geistig näher als die Russen, aber andererseits kann Europa als die Spitze Eurasiens sich auf die Dauer nicht feindlich gegen einen Kontinent behaupten, dessen Avantgarde es einmal gewesen ist.

Der Hauptmangel der in der Bundesrepublik üblichen außenpolitischen Erörterungen scheint mir die Vorstellung zu sein, daß es viele Lösungen gebe, von denen man diejenige wählen sollte, die den deutschen Vorurteilen am meisten entgegenkommt. In Wahrheit ist der Spielraum der Entscheidung sehr begrenzt. Deutschland kann nur wiedervereinigt werden im Zeichen der Abrüstung und der Koexistenz.

Das Schicksal des Planeten hängt heute davon ab, ob zwischen den USA und der UdSSR eine dauerhafte Verständigung und eine Einigung über eine systematische Abrüstung erreicht werden kann. Es ist nicht Aufgabe der Bundesregierung, die Welt unter dem Gesetz des Friedens zu einigen. Die Bundesrepublik kann aber zur allgemeinen Entspannung einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten, wenn sie sich den koexistenziellen Bestrebungen der Mächte nicht in den Weg stellt und ihrerseits auf weitere Aufrüstung verzichtet. Im Maße des Abbaues der beiden Militärblöcke würde Westeuropa und die Bundesrepublik für die USA, die volksdemokratischen Randstaaten und die DDR für die Sowjetunion als militärische Faktoren an Bedeutung und Interesse verlieren. Der instrumentalen Entwertung Europas würde aber ein gleich großer Zuwachs an eigener Initiative entsprechen.

Es liegt auf der Linie einer natürlichen und organischen Entwicklung, daß es wieder einen einzigen Staat der Deutschen gibt und daß die europäischen Völker untereinander in einem engeren Verhältnis der wirtschaftlichen und kulturellen Kooperation stehen als zu den anderen Staaten der Welt. Die heutige Bundesrepublik, das heutige WEU-Europa und die DDR sind künstliche Gebilde — ohne jeden gewachsenen Charakter und jede geschichtliche Legitimation. Sie sind nichts anderes als ein institutionell verfestigter Ausdruck des noch nicht wiedergefundenen weltpolitischen Gleichgewichts und der ideologischen Verkrampfung.

Im Koordinatensystem der amerikanisch-russischen Verständigung und der angebahnten schrittweisen Abrüstung wird die deutsche Wiedervereinigung nicht nur möglich, sie ist geradezu das logische Korrelat der Wiederherstellung des Gleichgewichts im Weltmaßstab. Der Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und das Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Pakt wären nicht viel mehr als ein rein symbolischer Akt. Die Initiative zur deutschen Einigung könnte aber nur von den Deutschen selbst ausgehen. Es müßten direkte Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und dem Bundestag und der Regierung der DDR und der Volkskammer aufgenommen werden. Bonn vergibt sich nichts, wenn es mit Ost-Berlin verhandelt. Wohl aber wäre es die ärgste Demütigung des deutschen Volkes, wenn es durch amerikanisch-russisches Diktat wieder vereinigt würde. Bedenken gegen Verhandlungen zwischen Deutschen könnten nur entstehen, wenn die UdSSR und die DDR verlangen würden, daß die Bundesrepublik kommunistisch wird, oder wenn die USA und die Bundesrepublik das umgekehrte Ansinnen an die DDR stellen würden. Eine solche gegenseitige Zumutung ist aber mit dem Status der Koexistenz und der beginnenden Abrüstung schlechthin unvereinbar. Die deutsche Wiedervereinigung kann zunächst überhaupt nur im Wege von Verhandlungen ohne irgendwelche Bedingungen und schließlich in Form eines Staatenbundes oder einer analogen völkerrechtlichen Konstruktion vollzogen werden, wobei die beiderseitige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht berührt wird. Es ist im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung eine Frage experimenteller Bemühungen, ob und in welchen Stadien eine Überführung des Staatenbundes in einen Bundesstaat möglich ist.

Das — wenn auch noch so locker — wiedervereinigte Deutschland würde zwangsläufig zum Kristallisationspunkt der europäischen Einigung und der Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems, wobei unserem ideologisch und institutionell polarisierten Lande automatisch die Vermittlerrolle zufallen würde.

In der vagen Hoffnung auf grundlegende Veränderungen des weltpolitischen Kraftfeldes könnte man sich auf den Standpunkt stellen: „Wir werden solange in der Frage der Wiedervereinigung keine ernsthafte Initiative ergreifen, als wir nicht die Gewißheit haben, daß sie unter der Bedingung der Wiederherstellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und der amerikanischen Form der Demokratie im Gebiete der DDR erfolgen kann." Wahrscheinlich hieße das aber die Lösung der deutschen Frage ad Kalendas Graecas vertagen. Wir sollten uns darüber klar sein, daß wir nicht mehr allzu viel Zeit haben.

Jedes Jahr, das wir weiter getrennt bleiben, beschleunigt den Prozeß der Selbstentfremdung unseres Volkes. Schon jetzt macht sich der „Verlust der Mitte", die zunehmende Schwächung des nationalen Integrationspunktes als Störung des deutschen Lebensgefühls und des Gleichgewichts zwischen Interessen und Idealen immer deutlicher bemerkbar. Die beiden deutschen Teilstaaten schweben in der ernsten Gefahr, ein Protektorat ihrer Schutzmacht zu werden, — nicht in einem völkerrechtlichen, wohl aber in einem geistig-moralischen Sinn. Der gegenwärtige Zustand führt, wenn er nicht bald geändert wird, zu einer bewußtseinsmäßigen Fellachisierung unseres Volkes.

Es ist ein Verhängnis, daß unser Staats- und Volksbewußtsein langsam, aber stetig von Gruppeninteressen ausgehöhlt wird. Ein Teil unseres Volkes übt Verrat an Deutschland, ohne es zu wissen. Unsere geistige Existenz verdanken wir in der Hauptsache der Nation. Die Nation ist landschaftliche Heimat, Brüderlichkeit im Geiste, Verpflichtung zum Frieden im engsten Kreise unserer geschichtlichen Verantwortung. Für eine geschichtsbewußte deutsche Außenpolitik kann es keine andere Norm, keinen anderen Maßstab geben als: die Einheit der Nation.

*„Wohl ist enge begrenzt unsere Lebenszeit,*
*Unserer Jahre Zahl sehen und zählen wir,*
*Doch die Jahre der Völker,*
*Sah ein sterbliches Auge sie?"* (Hölderlin)

---

Prof. Dr. Renate Riemeck

# Verlorene Illusionen

## Dulles und die amerikanische Außenpolitik

Im Januar 1956 erschien in dem bekannten amerikanischen Magazin „Life" ein aufsehenerregender Artikel, betitelt: „Wie Dulles den Krieg verhütete" (How Dulles averted war). James Shepley, der Verfasser dieses Artikels, steht dem US-Außenminister politisch nahe. Er zollt ihm auch Worte höchsten Lobes für seine Leistungen und nennt ihn den größten Secretary of State, den die Vereinigten Staaten seit den glorreichen Tagen der Franklin-Jefferson-Adams-Ära (ca. 1780) aufzuweisen hat.

### *Dreimal bis an den Rand des Atomkrieges*

Dieser zweifellos wohlgemeinte Life-Artikel brachte aber Dulles ungewöhnlich viel Kritik im In- und Ausland ein. Shepley ließ nämlich häufig den Außenminister selber zu Worte kommen. Der Artikel führt eine Reihe von Dulles-Äußerungen im Wortlaut an, und diese wörtlichen Zitate waren es, die in der amerikanischen Öffentlichkeit einen Sturm der Empörung auslösten.

Der erstaunte Life-Leser erfuhr am 16. Januar 1956, Dulles habe während seiner Amtszeit dreimal den Weltfrieden gerettet, weil er mit der Anwendung von Atomwaffen gedroht habe. Mit dieser Dulles'schen „Abschreckungspolitik", so legt Shepley dar, seien nicht nur ein H-Bombenkrieg, sondern auch „kleine" Kriege verhindert worden. Aber das Funktionieren der Abschreckung (deterrence) ist selbstverständlich immer mit einem

deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt!" Auch in Jalta wurde nicht die Aufteilung Deutschlands, sondern lediglich die Bildung von vier Besatzungszonen für eine Übergangszeit vereinbart. Die Errichtung „einer zentralen deutschen Regierung" und die Schaffung administrativer Ansatzstellen bildet einen wesentlichen Punkt im Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945. Daß der völkerrechtliche Status Deutschlands nicht im Sinne der feierlich proklamierten Absicht geklärt wurde, lag vor allem am Widerstande Frankreichs, das — im Banne der Konzeption Richelieus — die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu vereiteln suchte. Schließlich aber war es die wachsende Entfremdung zwischen den Westmächten und der UdSSR, die den Tag der deutschen Wiedervereinigung in unbestimmte Ferne rückte. Die von Roosevelt, aber auch von seinem Gegenspieler Wendell Willkie vertretene Idee der „unteilbaren Welt" („one world") hatte die Zerreißprobe nicht bestanden. Der kalte Krieg, der den Westen und den Osten entzweite, bot Westdeutschland eine Chance, die es mit unbestreitbarem Erfolg ausnutzte. Die westliche Welt, die eben noch den deutschen Militarismus auf die Anklagebank versetzt hatte, erinnerte sich der militärischen Begabung der Deutschen als ihrer brauchbarsten Eigenschaft. Im Mai 1949 wurde der westdeutsche Sonderstaat geschaffen. Ein zweiter Staat wurde am 7. Oktober 1949 von den Parteien der sowjetisch besetzten Zone errichtet — „ein Akt der nationalen Selbsthilfe" (Otto Grotewohl), um, wie man sagte, diesen Raum „nicht zu einem völkerrechtlichen Niemandsland werden zu lassen".

Die Bundesregierung hatte sich bereits ganz auf den Westen festgelegt, als am 10. März 1952 — ein Jahr vor Stalins Tod — die UdSSR eine Note an die Westmächte richtete, die nach Ansicht von Paul Sethe einen Wendepunkt der deutschen und der internationalen Außenpolitik hätte bedeuten können. In dieser Note wurde dem deutschen Volke die staatliche Einheit auf der Grundlage freier Wahlen angeboten, unter der Bedingung, daß das wiedervereinigte Deutschland sich feierlich verpflichtet, keinem Militärpakt beizutreten. Die Bundesregierung war aber nicht bereit, ihre Außenpolitik einer Überprüfung zu unterziehen. Sie rechnete immer noch mit einer für sie günstigen Entwicklung im noch unkonsolidierten Ostraum. Diese durchaus in den Rahmen staatsmännischer Erwägungen fallende Spekulation verlor allerdings an Gewicht, als die Sowjetunion am 20. August 1953 die erste H-Bombe zur Explosion brachte. Dadurch schien die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten zwar nicht beseitigt, aber doch vermindert.

Nach dem Scheitern der EVG begannen die Verhandlungen über die Aufnahme der Bundesrepublik in den Nordatlantikpakt. In dieser Mitgliedschaft sah die UdSSR eine ernste Gefahr, und sie wiederholte am 15. Februar 1955 ihr früheres Angebot: gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle. Gegenleistung: Verzicht Westdeutschlands auf den Beitritt zur NATO. Kein außenpolitisches Ereignis hatte in der Bundesrepublik eine so starke Bewegung ausgelöst wie diese zweite sowjetische Note. Die Bevölkerung wurde von dem unbestimmten Gefühl erfaßt, an einer Wende seiner Geschicke zu stehen. Die allgemeine Unruhe fand spontan ihren Ausdruck in der sog. Paulskirchenbewegung (Manifest vom 29. 1. 1955), die den Charakter einer echten Volksbewegung an-

---

## *Kristallnacht von Magolsheim*

Wie nach jedem Kriege noch jahrelang hinterher liegengebliebene, nicht rechtzeitig entschärfte Geschosse hochgehen und Menschen in Stücke reißen, werden bei uns hin und wieder bis auf diesen Tag verkleckerte Spritzer des NS-Giftes wirksam, weil auch sie nicht, als noch Zeit gewesen wäre, bis auf den Grund ausgeräumt worden sind. Beweise dafür hat es in den vergangenen Monaten zahlreiche gegeben; doch haftet wohl keinem soviel Schauerlichkeit an wie diesem:

Eine der bitter wenigen Zigeunerfamilien Deutschlands, die Auschwitz und dergleichen Stätten mehr überlebt haben, machte sich nach 1945 in Herrlingen bei Ulm seßhaft und vermehrte sich auf schließlich 24 Seelen. Während ihnen letzterer Umstand ob der nachgerade biblischen Sorglosigkeit, die er verrät, beim Herrgott im Himmel gewiß Wohlgefallen eintragen wird, trug er ihnen bei den Herrlingern auf Erden Mißfallen ein, — nicht nur, weil sie so viele, sondern vor allem, weil sie Zigeuner waren — hintergründige, mit Offenbarungsweisheit ausgestattete Fremdlinge, die der vordergründigen und dazu noch hohlen Schaffigkeitsmoral eines kleinen

zunehmen schien. Daß die Paulskirchenbewegung schließlich über den ersten Anlauf nicht hinauskam, lag an dem Mangel einer klaren außenpolitischen Konzeption. So wurde die vorläufig letzte Gelegenheit versäumt, die deutsche Frage einer Lösung entgegenzuführen.

Die Regierung, die eine zwar rein spekulative, aber logisch besser fundierte Außenpolitik vertrat, setzte sich durch. Die Pariser Verträge wurden unterzeichnet, am 7. Juli 1956 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Die UdSSR sah sich vor die Notwendigkeit gestellt, in ihrer Deutschlandpolitik einen neuen Kurs einzuschlagen. Bereits in einer Note vom 13. 11. 1954 hatte die UdSSR gegen die Pariser Verträge Einspruch erhoben und betont, daß die in London und Paris entwickelten Pläne „der Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Einbeziehung eines remilitarisierten Deutschlands in militärische Gruppierungen" die „Lage in Europa unweigerlich komplizieren" würden. Der neue Standpunkt in der deutschen Frage wurde zum erstenmal am 12. Juli 1955 von Radio Moskau bekanntgegeben. Es wurde erklärt, daß die Wiedervereinigung in der angebotenen Form durch die militärische Bindung der Bundesrepublik an den Westen unmöglich geworden sei. Die deutsche Frage könne jetzt nur noch im Rahmen eines kollektiven Sicherheitspaktes unter vorläufiger Beibehaltung der beiden deutschen Teilstaaten schrittweise gelöst werden. Als der Bundeskanzler zu Verhandlungen in Moskau weilte, mußte er sich am 10. 9. 1955 von Chruschtschow sagen lassen: „Wir haben Sie mehrmals ehrlich gewarnt. Wir haben davor gewarnt, daß der Beitritt zum atlantischen Block die Wege für die Wiedervereinigung in der näheren Zukunft abschneidet." Auf der Genfer Außenministerkonferenz im Herbst 1955 (27. 10. bis 16. 11.) wurde die „mechanische Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands" von Molotow als unmöglich bezeichnet und die Aufrechterhaltung der „sozialen Errungenschaften" in der DDR zur conditió sine qua non gemacht. Auf dem 20. Parteitag der KPSU nannte Chruschtschow als notwendige Voraussetzungen zur Lösung der deutschen Frage: ein europäisches System der kollektiven Sicherheit, die Aufhebung der Pariser Verträge und die „Annäherung und Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten". Am 7. 9. 1956 ließ die Bundesregierung durch ihren Botschafter in Moskau ein Memorandum zur deutschen Frage überreichen. Sie berief sich eigenartigerweise darin auf die sowjetischen Angebote von 1952 und 1955 wie ein Mädchen, das auf Heiratsanträge zurückkommt, die es einfach ignorierte, solange sie aktuell waren. Die Note wurde von der Regierung der UdSSR am 22. Oktober 1956 mit geradezu pedantischer Genauigkeit beantwortet. Die Sowjetunion wies in ihrer Note erneut darauf hin, daß die Bundesrepublik „nur die Früchte ihrer eigenen Politik ernte", und wiederholte ihren bekannten Standpunkt: Die Bundesregierung müsse zuerst ihren politischen Kurs, der Westdeutschland in den „Herd eines neuen Krieges und der Reaktion in Europa" verwandelt, ändern. Es hat in der Zwischenzeit noch mehrmals ein Gedankenaustausch über die Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR stattgefunden. Der neueste Stand der Diskussion ergibt sich aus der Note der

---

deutschen Wirtschaftswundermarktes einfach durch ihr Sosein lästig fielen. Und obwohl die Zigeuner sich in keiner Weise schädlich verhielten, ja nicht einmal stiebitzten, wollte man sie wieder loswerden.

Das Volk machte sich beim Gemeinderat und dieser beim Bürgermeister stark — immer wieder und immer stärker. Der Bürgermeister scheint sich zunächst ehrenhaft verhalten zu haben — jedenfalls stellte er hinterher den ebenso wie jeder andere Bundesbürger zur Steuerzahlung verpflichteten Zigeunern ein gutes Leumundszeugnis aus und wies sogar darauf hin, daß sie mit ihm den Keller geteilt hätten, ohne daß es je zu Kalamitäten geführt hätte, — doch nahm der Druck auf ihn derart zu, daß er am Ende nachgab:

Als nämlich das Oberhaupt der wiederholt zum Wegzug gedrängten Zigeunerfamilie mit der Mitteilung ankam, es habe mit Hilfe eines Maklers in Magolsheim — einem unweit Herrlingen gelegenen Ort — ein kleines altes Haus entdeckt, das werde feilgeboten, koste aber 14 000 Mark und soviel habe seine Familie nicht, da einigte sich der Bürgermeister mit dem Gemeinderat, daß die Gemeinde Herrlingen den Zigeunern, nur um sie loszuwerden, den Kaufpreis zur Verfügung stellen werde.

Und es schien zu klappen: die Zigeuner kauften dem Makler das kleine alte Haus

Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 27. Juni 1957*). Die sowjetische Regierung befaßt sich darin mit der „Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und der Umwandlung Westdeutschlands in einen Atomkriegs-Aufmarschraum in Europa". Zur Frage der Wiedervereinigung erklärt die sowjetische Regierung: „Je weiter die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Militarisierung geht, je enger sie sich mit dem Nordatlantischen Block und seinen militärischen Plänen liiert, desto weiter entfernen sich die beiden deutschen Staaten voneinander, desto mehr wird die Grundlage zerstört, auf der die friedliche Vereinigung Deutschlands erfolgen könnte."

*Restaurative Kräfte*

Die Bundesregierung hat aber nicht nur durch ihre Aufrüstungs- und Bündnispolitik die deutsche Wiedervereinigung verhindert, sondern auch durch ihr Verhalten und bestimmte Maßnahmen das Verhandlungsklima bewußt verschlechtert. Die Bundesregierung läßt es zu, daß die restaurativen Kräfte in Westdeutschland immer mehr die Oberhand gewinnen. „Heute", so heißt es in der Entschließung der IG Druck und Papier, die auf dem letzten Gewerkschaftstag angenommen wurde, „ist der bürokratische Apparat bis hinauf in die obersten Spitzen der Regierung von antidemokratischen Kräften durchsetzt und damit die weitere Entwicklung der Demokratie aufs äußerste gefährdet." Durch Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums vom 1. 9. 1956 wurden die ehemaligen Führer der Waffen-SS bis zum Obersturmbannführer aufwärts zur Bundeswehr zugelassen. Am 17. 8. 1956 wurde die KP verboten, eine Maßnahme, die die UdSSR nicht als rein innerdeutsche Angelegenheit betrachten konnte, da die KP sich nach dem Potsdamer Abkommen frei betätigen durfte.

In Reaktion auf den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO entschloß sich die Sowjetunion, die völkerrechtliche Stellung der DDR zu festigen und ihre eigene militärische Position zu verstärken. Am 20. 9. 1955 schloß sie in Moskau einen Vertrag mit der DDR, in dem sie dieser jede militärische Hilfe zusagte. Schon im Mai 1955 war als Gegenstück zur NATO der Warschauer Pakt errichtet worden, in den am 29. 1. 1956 in Prag die DDR in feierlicher Form eingegliedert wurde. Die DDR ist allerdings ermächtigt, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist jederzeit aus dem Pakt auszutreten, wenn die Bundesrepublik ihrerseits aus der NATO ausscheidet.

Die Bundesrepublik ist heute an der Grenze ihrer außenpolitischen Möglichkeiten angelangt. Die Atlantikpolitik hat sich, wie es Hermann Rauschning 1950 voraussagte, als eine „dead-end-Politik", „eine politische Sackgasse" und als Fortsetzung der „deutschen Schizophrenie" erwiesen. Die Politik der einseitigen Westorientierung führt günstigstenfalls zu einer Verewigung des status quo. Die UdSSR kann schon aus völkerrechtlichen Gründen nicht mehr wie 1952 frei über Gebiet und Bevölkerung der DDR verfügen.

Man braucht kein Militärexperte zu sein, um zu wissen, daß im Falle eines Atom-

*) Siehe auch „Zeitdokumente" dieses Heftes.

---

in Magolsheim ab. Das erfuhren aber die Magolsheimer, und sie waren sogleich entschlossen, sich so etwas nicht gefallen zu lassen. Zigeuner? Und dann noch 24 auf einmal? Wer weiß, wie viele Kinder darunter waren — würde das nicht bedeuten, daß ihre eigenen, wenn auch vielleicht noch so dummen, doch sauber gewaschenen Kinder mit Zigeunerkindern zusammen zur Schule gehen mußten, und würde es nicht vielleicht auch bedeuten, daß die Gemeinde einen zweiten Lehrer einzustellen hätte?

Magolsheim begann sich zu rühren; es wurde gedroht, intrigiert, appelliert — aber der Kaufvertrag war gültig. Rückgängig machen wollten die Zigeuner ihn nicht; denn sie hatten schreckliche Jahre unter Hitler und unschöne Jahre als Mieter und Untermieter in Herrlingen erlebt, und nun freuten sie sich schon darauf, endlich alle beisammen in einem kleinen eigenen Häuschen wohnen zu können, — ebenso, wie sich auf den gleichen Umstand eine jede deutsche Flüchtlingsfamilie nach jahrelangem Lagerdasein freuen würde.

Aber die Magolsheimer blieben hart. Jemand entfachte unter ihnen eine Volksbewegung. Der Bürgermeister sah tatenlos zu, und so geschah schließlich in einem Lande äußerster Wohnungsnot das Folgende: die jungen Leute von Magolsheim,

krieges die Bundesrepublik in wenigen Stunden in eine Wüste verwandelt würde. Die tödliche Bedrohung der Bundesrepublik würde noch gesteigert, wenn die künftige Regierung die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen zulassen und sich mit der Lagerung von atomaren Sprengkörpern auf deutschem Boden einverstanden erklären würde. Mit der atomaren Aufrüstung jedes weiteren Landes wächst die Gefahr eines Atomkrieges in geometrischer Progression. Das mindeste, was daher gefordert werden muß, ist die Beschränkung des Monopols der Atomwaffen auf die USA, England und die UdSSR. Besonders bedenklich wäre es, die Bundesrepublik mit Atomwaffen auszustatten, weil in unserem Lande der militaristische Geist am wenigsten überwunden ist und Teile der Bevölkerung für nihilistische Lösungen durchaus ansprechbar sind. Das Nibelungenlied berichtet von der Schicksalsbesessenheit unserer Vorfahren, und es scheint, daß der Hang zu einem weltflüchtigen Paktieren mit dem Tod noch in manchen ihrer Nachfahren lebendig ist und der Welt zum Verhängnis werden könnte.

Die Bundesregierung setzt sich in ihrer Außenpolitik immer mehr in Widerspruch mit dem allgemeinen Trend der weltpolitischen Entwicklung. Wenn auch das annähernde Gleichgewicht der militärischen Potentiale für eine gewisse Zeit imstande ist, den Weltfrieden zu sichern, so wissen doch die Weltmächte, daß der Rüstungswettlauf nicht unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Jeder Schritt in der Richtung eines Rüstungsstops und der Abrüstung vermindert aber den militärischen und politischen Funktionswert der Bundesrepublik. Diese wird also zwangsläufig zu einem Land, das, um mit Rilke zu sprechen, die „Welt aufhält", zu einem retardierenden Faktor, wofür sich hinreichend Beispiele aus der letzten Zeit anführen ließen. Je mehr sich die Anzeichen häufen, daß der Weltkommunismus in einem Prozeß der demokratischen Auflockerung begriffen ist, desto mehr muß die Drohung aus dem Osten übertrieben werden. Die Regierung weiß, daß sie die Wahrheit der geschichtlichen Entwicklung gegen sich hat. Man könnte sich denken, daß sie von sich aus das Steuer herumwerfen würde und damit der wachsenden Opposition zuvorkommen könnte. Das wäre aber nur möglich, wenn sie ihre Außenpolitik als Kunst des Möglichen und nicht als Glaubenskampf betrieben hätte. Die Regierung Adenauer hat sich endgültig festgelegt. Sie wird niemals freiwillig zurücktreten. Würde sie aber wiedergewählt, so wäre sie im Laufe der nächsten Legislaturperiode gezwungen, mit den Mitteln einer autoritären Demokratie zu regieren. Auch vom Standpunkt der Verteidigung der demokratischen Verfassung und der Grundrechte ergibt sich so die Bedeutung der kommenden Wahlen.

*Deutschland ist Brückenland*

Den Deutschen wird die allein mögliche Außenpolitik schon durch die geographische Lage und die Rolle vorgeschrieben, die Deutschland in der europäischen Geistesgeschichte gespielt hat. Mit Recht betont Hermann Rauschning immer wieder, daß die deutsche Außenpolitik nicht in einer Option für den Westen oder für den Osten bestehen könne, daß vielmehr Deutschland „als ein Land der Mitte zwischen Ost und West steht und ste-

---

angestiftet von den Alten und vom Bürgermeister, der alles wußte, nicht gehindert, rotteten sich zusammen und rissen in der Nacht, die dem Einzug der Zigeuner vorausging, das Haus bis auf die Grundmauern ein. Als die rechtmäßigen, aber dunkelhäutigen Eigentümer am anderen Morgen eintrafen, standen sie vor einem Trümmerhaufen und mußten sich auch noch auslachen lassen, hehe!

Das war die Kristallnacht von Magolsheim. Dennoch hätte ich sie hier vielleicht nicht festgehalten, wenn nicht zu fürchten wäre, daß ein Gleiches auch anderswo im Lande hätte geschehen können. Und daß die Geschichte vermutlich ein gerichtliches Nachspiel haben wird — bei dem es dann natürlich wieder niemand wird gewesen sein wollen —, wirkt nicht beruhigend, sondern beinahe zynisch angesichts der Tatsache, daß so etwas in einem Lande, das sich christlich nennt und dem 1945 Lektionen für Jahrhunderte aufgegeben worden sind, überhaupt passieren kann.

Hier haben wir eine subtile Frucht der „Politik der Stärke": den Rückfall in die Denkungsart eines Rosenberg und Himmler. Wir können uns zu unserer „Demokrazia christiana" wirklich gratulieren.

*Johannes Weidenheim*

In der vagen Hoffnung auf grundlegende Veränderungen des weltpolitischen Kraftfeldes könnte man sich auf den Standpunkt stellen: „Wir werden solange in der Frage der Wiedervereinigung keine ernsthafte Initiative ergreifen, als wir nicht die Gewißheit haben, daß sie unter der Bedingung der Wiederherstellung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und der amerikanischen Form der Demokratie im Gebiete der DDR erfolgen kann." Wahrscheinlich hieße das aber die Lösung der deutschen Frage ad Kalendas Graecas vertagen. Wir sollten uns darüber klar sein, daß wir nicht mehr allzu viel Zeit haben.

Jedes Jahr, das wir weiter getrennt bleiben, beschleunigt den Prozeß der Selbstentfremdung unseres Volkes. Schon jetzt macht sich der „Verlust der Mitte", die zunehmende Schwächung des nationalen Integrationspunktes als Störung des deutschen Lebensgefühls und des Gleichgewichts zwischen Interessen und Idealen immer deutlicher bemerkbar. Die beiden deutschen Teilstaaten schweben in der ernsten Gefahr, ein Protektorat ihrer Schutzmacht zu werden, — nicht in einem völkerrechtlichen, wohl aber in einem geistig-moralischen Sinn. Der gegenwärtige Zustand führt, wenn er nicht bald geändert wird, zu einer bewußtseinsmäßigen Fellachisierung unseres Volkes.

Es ist ein Verhängnis, daß unser Staats- und Volksbewußtsein langsam, aber stetig von Gruppeninteressen ausgehöhlt wird. Ein Teil unseres Volkes übt Verrat an Deutschland, ohne es zu wissen. Unsere geistige Existenz verdanken wir in der Hauptsache der Nation. Die Nation ist landschaftliche Heimat, Brüderlichkeit im Geiste, Verpflichtung zum Frieden im engsten Kreise unserer geschichtlichen Verantwortung. Für eine geschichtsbewußte deutsche Außenpolitik kann es keine andere Norm, keinen anderen Maßstab geben als: die Einheit der Nation.

*„Wohl ist enge begrenzt unsere Lebenszeit,*
*Unserer Jahre Zahl sehen und zählen wir,*
*Doch die Jahre der Völker,*
*Sah ein sterbliches Auge sie?"* (Hölderlin)

---

Prof. Dr. Renate Riemeck

# Verlorene Illusionen

## Dulles und die amerikanische Außenpolitik

Im Januar 1956 erschien in dem bekannten amerikanischen Magazin „Life" ein aufsehenerregender Artikel, betitelt: „Wie Dulles den Krieg verhütete" (How Dulles averted war). James Shepley, der Verfasser dieses Artikels, steht dem US-Außenminister politisch nahe. Er zollt ihm auch Worte höchsten Lobes für seine Leistungen und nennt ihn den größten Secretary of State, den die Vereinigten Staaten seit den glorreichen Tagen der Franklin-Jefferson-Adams-Ära (ca. 1780) aufzuweisen hat.

### *Dreimal bis an den Rand des Atomkrieges*

Dieser zweifellos wohlgemeinte Life-Artikel brachte aber Dulles ungewöhnlich viel Kritik im In- und Ausland ein. Shepley ließ nämlich häufig den Außenminister selber zu Worte kommen. Der Artikel führt eine Reihe von Dulles-Äußerungen im Wortlaut an, und diese wörtlichen Zitate waren es, die in der amerikanischen Öffentlichkeit einen Sturm der Empörung auslösten.

Der erstaunte Life-Leser erfuhr am 16. Januar 1956, Dulles habe während seiner Amtszeit dreimal den Weltfrieden gerettet, weil er mit der Anwendung von Atomwaffen gedroht habe. Mit dieser Dulles'schen „Abschreckungspolitik", so legt Shepley dar, seien nicht nur ein H-Bombenkrieg, sondern auch „kleine" Kriege verhindert worden. Aber das Funktionieren der Abschreckung (deterrence) ist selbstverständlich immer mit einem

erheblichen Risiko verbunden gewesen. Dulles hielt es deshalb für nötig, dem Life-Redakteur eine Begründung für sein Spiel mit dem Feuer zu geben. „Manche sagen, daß wir an den Rand des Krieges gebracht worden sind", erklärte er wörtlich. „Natürlich waren wir nahe am Kriege. Die Fähigkeit, bis an die Schwelle des Krieges (verge of war) zu gehen und nicht hineinzugeraten, ist die wahre Kunst. Wenn man bis an die Schwelle herangegangen ist und dann wegläuft, ist man verloren. Wir hatten einem Krieg mitten ins Gesicht zu sehen, — in der Frage der Verlängerung des Korea-Krieges, in der Frage des Indochina-Krieges, in der Formosa-Frage. Wir gingen bis an den Rand des Krieges und boten ihm die Stirn. Wir waren zum Handeln entschlossen." (Life, 16. Januar issue). Diese Erklärung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die aufgeschreckte Öffentlichkeit der USA war über den Sinn der amerikanischen Außenpolitik unmißverständlich belehrt worden. Sie vernahm, daß der Waffenstillstand in Korea nur zustande gekommen sei, weil Dulles Rotchina mit einem Luftkrieg unter Anwendung aller verfügbaren Waffen bedrohen ließ. Der Indochina-Konflikt konnte nur beigelegt werden, weil Dulles die Bereitschaft zum Eingreifen bekundet habe. Der geplante Angriff Chinas auf Formosa (Ende 1954/Anfang 1955) sei nur verhindert worden, weil die USA bereit waren, sofort zurückzuschlagen. Dreimal also sind nach der Darstellung Shepleys die Dinge von Dulles bis hart an den Rand des Krieges getrieben worden, weil nur so der Weltfrieden gerettet werden konnte. Für diese Behauptung mußte sich Dulles in einer Presse-Konferenz am 17. Januar 1956 verantworten. Die Journalisten nahmen ihn schonungslos ins Kreuzverhör. Bei einer Reihe heikler Fragen verweigerte er die Auskunft. Aber er mußte zugeben, daß die Life-Zitate sich inhaltlich mit den von ihm abgegebenen Erklärungen deckten.

Die Entrüstung über die riskante „verge of war"-Politik des amerikanischen Außenministers schlug hohe Wogen. Aber was der Life-Artikel enthüllte, war eigentlich nur die folgerichtige Weiterentwicklung von Thesen, die Dulles seit Jahren vertreten hat. Es war nur die praktische Anwendung seiner „Abschreckungstheorie", die sich angeblich in Korea, Indochina und Formosa bewährt haben sollte. Eine Diplomatie, die schwierige Situationen dadurch meistern will, daß die Welt an den Rand eines Krieges getrieben wird, versetzte den amerikanischen Bürger einigermaßen in Schrecken. Vizepräsident Nixon gab einen trockenen Kommentar zu dem Life-Artikel am Beginn des Jahres der Präsidentschaftswahlen ab: „Der Rest von uns (d. h. der Eisenhower-Leute) kann sehen, wie er mit dem Wahlkampf fertig wird." (Harpers Magazine, September 1956 issue).

Life-Redakteur James Shepley wollte mit seinen Darlegungen nur die Wirksamkeit der Politik der Stärke demonstrieren. Er tat dies auf Grund von Gesprächen mit Dulles, der ihm die Beispiele dafür geliefert hatte.

### *Erfolge der „Abschreckung"?*

Wie verhält es sich aber mit der Beweiskraft der drei Beispiele? Die Version, die Dulles für den Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen in Korea gegeben hat, ist die folgende: Um die Chinesen möglichst rasch darüber zu informieren, daß Amerika vor dem dritten Weltkrieg nicht zurückschrickt, flog Dulles zu Nehru. Er gab ihm zu verstehen, daß die USA „ihre selbstauferlegten Beschränkungen im Korea-Krieg" aufheben und mit „keinem Einsatz und mit keiner Waffe zurückhalten" würden, falls der Krieg fortgesetzt wird. Zwei Wochen später zeigte sich bereits der Erfolg dieser Aktion. Die „Roten" begannen ernsthaft zu verhandeln. Dulles schließt daraus, daß Nehru die Drohung nach Peking weitergegeben hat. Die Furcht vor den amerikanischen H-Bombenabwürfen auf China habe sofort gewirkt. Nur weil Amerika zum Atomkrieg entschlossen war, konnte Dulles den Frieden retten.

Doch Nehru erklärte zu dieser Version von der Wirksamkeit der Politik der Stärke, er könne sich nicht entsinnen, daß Dulles überhaupt dergleichen zu ihm in New-Delhi geäußert habe. Sollte er es aber getan haben, so habe er, Nehru, das mindestens nicht ernst genommen. Er habe jedenfalls diese Drohung nicht nach Peking weitergeleitet.

Der Waffenstillstand in Korea dürfte also kaum als Erfolg des „harten Kurses" der amerikanischen Außenpolitik zu werten sein.

Die Beendigung des Indochina-Konflikts buchte Dulles ebenfalls als positives Ergebnis seiner „verge of war"-Diplomtie, und zwar mit folgender Begründung:

Um den Vormarsch der kommunistischen Viet-minh-Truppen zu stoppen und Indochina vor der „roten Flut" zu retten, schlug Dulles den Regierungen in Paris und London vor, zur Abschreckung eine „gemeinsame Aktion" nach dem Muster von Korea anzukündigen. Am 10. April 1954 entsandte Washington zwei Flugzeugträger, die „Boxer" und die „Philippine Sea" in die indochinesischen Gewässer. Beide hatten Flugzeuge an Bord, die mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet waren. Sie sollten demonstrieren, daß Amerika angriffsbereit war. Aber plötzlich wurden, nach der Darstellung von Dulles, die Briten „weich". Sie brachten die Genfer Ostasienkonferenz zustande (26. 4.—21. 7. 1954). Unterstützt von dem „Frieden-um-jeden-Preis"-Politiker Mendès-France, handelten sie den Waffenstillstand aus. Dulles gibt zu, daß diese Wendung ihn zunächst aufs Höchste befremdete. Aber später hat sich seiner Meinung nach doch erwiesen, daß die Genfer Ostasienkonferenz ebenfalls ein Erfolg der amerikanischen Außenpolitik war. Denn die Kommunisten seien nur deswegen in Genf erschienen, weil sie von der Kriegsentschlossenheit der USA überzeugt waren. So habe sich also auch hier der Grundsatz bewährt, immer bis an den Rand des Krieges zu gehen, wenn man zu Erfolgen in der Weltpolitik kommen will.

Jeder, der den Verlauf der Genfer Konferenz von 1954 kennt, weiß, daß der Waffenstillstand in Indochina der Welt den Frieden rettete. Er weiß aber auch, daß der Frieden nur gerettet wurde, weil Eden und Mendès-France die Verärgerung Washingtons in Kauf nahmen und sich mit Tschu-Enlai an einen Tisch setzten. Nur weil die westlichen Verbündeten der „Abschreckungstheorie" von John Foster Dulles eine Absage erteilten, konnte ein Kompromiß geschlossen werden. Sie gingen nicht an den Rand des Atomkrieges, sondern taten in Genf den entscheidenden Schritt zur Koexistenzpolitik.

Auch in der Formosa-Frage sprechen alle Anzeichen dafür, daß das Balancieren auf der Schwelle des Krieges eine wenig glaubwürdige Geste gewesen ist. Dulles war sicher niemals erfolgreicher als in dem Augenblick, da der amerikanische Konreß dem Präsidenten die von Dulles vorgeschlagenen „unbegrenzten Vollmachten" für die „Rettung" Formosas gab. Als aber Ende 1954 die 7. Flotte, verstärkt durch den Flugzeugträger „Resolution", vor der Küste Chinas aufkreuzte, um angeblich einen rotchinesischen Angriff auf die Inseln Quemoy und die Matsus zu verhindern, geschah etwas höchst Bemerkenswertes: Die auf den Inseln stationierten Tschiang-Kaishek-Truppen wurden evakuiert, und die Flotte dampfte schleunigst davon. Die Demonstration der amerikanischen Kriegsentschlossenheit wurde mit auffallender Schnelligkeit abgeblasen. In der amerikanischen Öffentlichkeit fragte man sich, ob etwa Dulles vorsorglich (über London oder New Delhi) den Chinesen zu verstehen gegeben habe, daß das „Flottenmanöver" sich nicht gegen Peking richten, sondern nur der Evakuierung der Inseln dienen sollte (!).

Bei nüchterner Betrachtung der drei Beispiele für die „verge of war"-Politik müssen wir fragen: Glaubt Dulles wirklich, daß er mit der Geste der Drohung den Gegner zum Nachgeben gezwungen hat? Hat er durch seine Atomwaffendiplomatie die Entwicklung bestimmt, oder hat er sich nicht vielmehr jedesmal der Entwicklung anpassen müssen? Es scheint doch, daß die Behauptung, der amerikanische Außenminister habe zur Rettung des Friedens dreimal die USA an die Schwelle des Krieges geführt, lediglich seine unübertreffliche diplomatische Meisterschaft erweisen soll. Es läßt sich weder für Korea noch für Indochina beweisen, daß die Abschreckungstheorie gewirkt hat. In der Formosakrise wurde sie sogar durch das Evakuierungsmanöver von selbst ad absurdum geführt.

### *Die „Achse Bonn—Washington"*

Die Lesart, die Dulles Anfang 1956 für diese drei Ereignisse gefunden hat, diente der Rechtfertigung der Politik der Stärke; denn es gab genug Kritiker im eigenen Lande, die ihr jeglichen Erfolg absprachen. Ihnen wollte Dulles beweisen, daß man den Osten sehr wohl in die Knie zwingen kann, wenn man sich nicht scheut, den letzten Einsatz zu riskieren. Durch den Life-Artikel wurde eine weltweite Diskussion über die amerikanischen Methoden in der internationalen Politik ausgelöst. In diesem Zusammenhang fühlte sich der zuverlässigste Verbündete des amerikanischen Außenministers, Bundeskanzler Adenauer, zu einer Stellungnahme veranlaßt. In seiner berühmt gewordenen Gürzenichrede (26. 5. 1956) gab er in stark vereinfachter Form die kompliziertere Dulles-These wieder: „Mir wird immer vorgeworfen, ich wolle eine Politik der Stärke. Ich frage Sie,

meine Herren, soll ich denn eine Politik der Schwäche wollen? Dann liefen wir doch den Russen in die geöffneten Arme geradezu hinein. Und soweit ich die russischen Machthaber kennengelernt habe, imponiert denen eine Politik der sogenannten Stärke viel mehr als eine Politik der Schwäche."

Die Politiker des Westens, die durch eine Zurschaustellung ihrer Stärke Rußland oder anderen kommunistischen Staaten „imponieren" wollen, ignorieren einen wichtigen Tatbestand, der die ganze Politik der Stärke als sinnlos erscheinen läßt. Die Russen besitzen seit dem 12. August 1953 die Wasserstoffbombe und sind daher in keiner Weise genötigt, sich von einer westlichen Außenpolitik, die angeblich bis zum Rand des Krieges vorgetrieben wird, beeindrucken zu lassen. Die Sowjetregierung weiß, daß die Schwelle zum Atomkrieg nicht überschritten werden kann. Wer das wagt, geht der Selbstvernichtung entgegen. Wenn nicht einmal die Atommacht USA mit einer Politik der Stärke „imponieren" kann, um wieviel weniger vermag die deutsche Bundesregierung es zu tun!

Die Gürzenichrede und viele ähnliche Äußerungen des Bundeskanzlers aus den letzten Jahren werden freilich nicht richtig interpretiert, wollte man sie als einen Beweis für eine wiedererwachte deutsche Selbstüberschätzung werten. Sie enthüllen vielmehr das Fehlen einer eigenen außenpolitischen Konzeption der Bundesregierung. Man erinnert sich heute kaum noch daran, daß es Adenauer war, der kurz vor der Begründung der Bundesrepublik noch einen neutralen Status für Gesamtdeutschland nach dem Muster der Schweiz gefordert hatte. Als er dann Regierungschef in dem von den westlichen Alliierten geschaffenen deutschen Teilstaat wurde, schwenkte er völlig auf den außenpolitischen Kurs der USA ein. Im Laufe der Jahre machte dann der Bundeskanzler die Übereinstimmung mit Washington so sehr zur Grundlage seines Handelns, daß er die Reihe von Chancen für eine unabhängige deutsche Politik ungenutzt verstreichen ließ. Als John Foster Dulles amerikanischer Außenminister wurde, konnte er sich auf die Unterstützung Bonns verlassen. Die „Politik der Stärke" und die Theorie der „Abschreckung" wurden in das politische Vokabularium der Bonner Regierungsparteien übernommen.

### *Die Lehre von Ungarn*

Wer noch drei Jahre nach der russischen H-Bombenexplosion an die antiquierte These von der Politik der Stärke glaubte, der konnte durch die Ereignisse in Ungarn eines Besseren belehrt werden. Der 4. November 1956 erwies die Hohlheit der „verge of war"-These und die Brüchigkeit der außenpolitischen Konzeption Washingtons und Bonns. Mit Ungarn brach aber nicht nur die Politik der Stärke zusammen. Ungarn machte auch deutlich, daß Dulles mit einigen anderen grundsätzlichen Thesen Schiffbruch erlitten hat.

Die ungarischen Aufständischen rechneten zuversichtlich mit der Hilfe des Westens. Sie hofften darauf, daß die Vereinigten Staaten zu ihren Gunsten eingreifen würden. Und sie waren zu diesen Hoffnungen auf Grund einer Reihe von Erklärungen berechtigt, die Dulles seit Jahren wiederholt abgegeben hatte.

Schon 1952 hatte Dulles den Wahlfeldzug für den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Eisenhower mit der „Befreiungs"parole geführt. Er bekämpfte damals die „Eindämmungspolitik" der Regierung Truman als „negativen, unfruchtbaren und unmoralischen" Versuch, die Sowjets zu besänftigen. Dulles versprach, daß die Republikaner unter Eisenhower die Satellitenländer „befreien" würden. Mit einer Politik, die in den Randgebieten des sowjetischen Machtbereichs „Druck und Spannung" erzeugt, wollten sie die Russen zum Rückzug aus diesen Ländern zwingen.

Vor den Präsidentschaftswahlen wurden Bilder von Eisenhower in Generalsuniform publiziert, die ihn als „Kämpfer für die Befreiung" (liberation) ausgaben und ihn „bei Gott" schwören ließen, daß er mit ganzer Kraft für dieses Ziel arbeiten wolle. Nach seiner Ernennung zum Außenminister, im Januar 1953, erklärte Dulles, er werde den Rundfunk dafür einsetzen (Sendereihe „Die Stimme Amerikas"), um bei Tschechen, Polen und anderen Völkern Unzufriedenheit auszulösen. Gleichzeitig versprach er ihnen die Unterstützung der USA und ermutigte sie zu der Hoffnung, daß ihnen bei einem Aufstand Hilfe aus der Luft gegeben wird. Überzeugt davon, daß Rußland aus Furcht vor der Stärke des Westens bei Rebellionen in den Satellitenländern nachgeben müsse, hat Dulles seine These

von der Befreiung mit der Idee des „Zurückrollens" der sowjetischen Front („roll back"-Theorie) verbunden. Er fand dabei die Unterstützung Adenauers, dessen Haltung in der Wiedervereinigungsfrage völlig von der Vorstellung beherrscht war, daß man durch Druck und Zwang die Sowjets zur Preisgabe ihrer Positionen bringen müsse. Die Befreiungspolitik im Stile von John Foster Dulles sollte auch das Problem der deutschen Wiedervereinigung lösen. Alle Gelegenheiten zum Verhandeln mit den Sowjets über die Beendigung der deutschen Spaltung wurden von der Bundesregierung ausgeschlagen. Die Wiederaufrüstung zum Zwecke der Stärkung des Westens bekam eindeutig den Vorrang vor der Wiedervereinigung.

Daß die Voraussetzungen für die „Befreiungs"politik und die „roll back"-These mit dem 12. August 1953 bereits endgültig zerstört worden waren, hinderte den Bundeskanzler nicht daran, unverzagt auf dem alten Kurs zu bleiben.

Was aber durch die Herstellung des atomaren Gleichgewichts geschehen war, geht aus der Erklärung hervor, die Eisenhower nach den dramatischen Ereignissen in Ungarn abgab. Er sagte am 14. November 1956: „Eines muß ich in aller Deutlichkeit feststellen: die USA haben es nie befürwortet und tun es auch jetzt nicht, daß eine schutzlos preisgegebene Bevölkerung offen gegen eine Macht rebellieren sollte, der gegenüber sie nichts ausrichten kann." Dulles ließ gleichzeitig verlauten, daß die „besetzten Länder" in ihrem Freiheitsdrang keine unüberlegten Schritte tun sollten. Das war die Bankrotterklärung der Befreiungspolitik. Die Atombombenvorräte der USA erwiesen sich in der Herbstkrise des Jahres 1956 als nutzlos. War es dann noch gerechtfertigt, den mit ungeheuren Anstrengungen verbundenen Druck auf den „eisernen Vorhang" aufrechtzuerhalten? Auch der Rüstungsvorsprung Amerikas konnte an der Situation nichts ändern. Man wagte es nicht einmal, die Schwelle zum Kriege zu betreten, über die Dulles noch Anfang des Jahres zo kühn gesprochen hatte. Der Clausewitzsche Gedanke, daß der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, hat endgültig seinen Sinn verloren.

### *Nur eine Alternative: Koexistenz oder Atomuntergang*

Mit der Erkenntnis der Nutzlosigkeit des Wettrüstens mußte im Herbst 1956 auch die Idee zu Grabe getragen werden, daß der Westen einmal seine Rüstungsüberlegenheit gegen einen Rückzug der Sowjets aus Mitteleuropa aushandeln könne. Weitblickende Beobachter der politischen Verhältnisse sagten schon damals voraus, daß es zu einer Wende der amerikanischen Rußlandpolitik und zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen kommen werde. Am 23. Mai dieses Jahres fiel die Entscheidung. Eisenhower gab Stassen neue Weisungen für die Abrüstungsverhandlungen in London und distanzierte sich damit von dem außenpolitischen Kurs, der seit 1953 beibehalten worden war. Jahrelang hatte man die Abrüstungsverhandlungen mit politischen Bedingungen verknüpft. Stets war als Preis für eine Verminderung der westlichen Stärke die Räumung der sowjetischen Stellung an der Elbe gefordert worden. Auf dieses Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung bauend, hatte Adenauer die EVG- und später die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik als Schritt zur Überwindung der Spaltung des deutschen Volkes propagiert. Jetzt gab Eisenhower das Junktim preis, indem er die ersten Schritte zur Beendigung des Wettrüstens von der Frage der deutschen Einheit und damit zugleich auch von der Frage der „Befreiung" der Satellitenländer abtrennte. Diese Entscheidung ist gewiß durch die Erkenntnis gereift, daß militärischer Druck nicht geeignet ist, politische Lösungen zu erleichtern.

Als die Änderung der amerikanischen Haltung bekanntgegeben wurde, war in Hamburg gerade der CDU-Parteitag in vollem Gange. Die Überraschung und Erregung, die sie hervorrief, läßt darauf schließen, daß der Draht zwischen Bonn und Washington nicht mehr so reibungslos funktioniert wie ehedem. Die Politik der Stärke, das Fundament der deutsch-amerikanischen Freundschaft, ist gescheitert. Darüber können auch alle gegenteiligen Erklärungen ihrer Anhänger nicht mehr hinwegtäuschen. Der einzig mögliche Weg zur Lösung der politischen Probleme, die zwischen Ost und West liegen, sind Verhandlungen über einen allmählichen Abbau der Militärblöcke in Zusammenhang mit der Errichtung eines gesamteuropäischen kollektiven Sicherheitssystems.

Dr. Walter Herbst

# Zur Antwort von Dr. W. F. Libby auf Dr. A. Schweitzers Appell zur Frage der biologischen Auswirkungen von Atombombenversuchen

In einer über 140 Sender verbreiteten, von Presse und Öffentlichkeit stark beachteten Rundfunkansprache nahm am 23. 4. 1957 Dr. Albert Schweitzer, Lambarene, öffentlich Stellung zu der immer häufiger und ernster diskutierten Frage einer Schädigung menschlicher Gesundheit durch die weltweiten Auswirkungen von Atombombenversuchen. Wenige Tage später wurde dieser Appell Dr. Schweitzers von Dr. W. F. Libby, einem Mitglied der US-Atomenergiekommission, beantwortet. Diese ebenfalls der Öffentlichkeit übergebene Antwort kommt in der Beurteilung der Größenordnung der Gefahren zu wesentlich milderen Schlußfolgerungen, als sie A. Schweitzer zu ziehen sich veranlaßt sah. Über eine sachliche Diskussion dieser Gegensätze zur Wahrheitsfindung durchzudringen und damit auch dem einzelnen das für seine jeweiligen Entscheidungen notwendige Erkenntnisgut vermitteln zu helfen, liegt im öffentlichen Interesse und muß im Hinblick auf die Tragweite des Problems für das Schicksal der Menschheit als eine unabdingbare Verpflichtung der Sachbearbeiter auf dem Gebiete des Strahlenschutzes angesehen werden.

## *Übereinstimmung, daß ein Risiko besteht*

Selbst W. F. Libby anerkennt, daß kein Wissenschaftler behauptet, es bestehe keinerlei Risiko. „Wir akzeptieren das Risiko als den Preis für die Annehmlichkeiten des Lebens und unseren materiellen Fortschritt." Zur Klärung der Diskrepanzen zwischen den beiden Stellungnahmen und zur Beurteilung der aktuellen Situation ist also nur mehr die Frage der tatsächlichen Größenordnung des Risikos der Atombombenversuche zu stellen.

Es nimmt nicht wunder, daß beide Autoren zu einer verschiedenen Bewertung dieses Risikos gelangen; denn beide unterscheiden sich grundsätzlich hinsichtlich ihrer Ausgangsposition und damit auch in der Kette ihrer Schlußfolgerungen. A. Schweitzer urteilt als Arzt, durchdrungen von der Überzeugung vom Primat und von der Heiligkeit des Lebens. Seine Betrachtungen und Schlüsse sind biologisch-medizinisch orientiert. Sie berücksichtigen die große Komplexität der Strahlenwirkung und Strahlengefahren und damit auch Einzelvorgänge und Einzelschicksale. W. F. Libby sieht die Situation im wesentlichen mit den Augen des Physikers. Seine Schlußfolgerungen sind vor allem ausgerichtet an den konventionellen, derzeit gültigen „maximal zulässigen" Strahlendosen und „maximal zulässigen" Konzentrationen inkorporierter oder in Wasser und Luft enthaltener radioaktiver Substanz. Diese Werte sind jedoch keine Naturkonstanten, sondern werden von der Internationalen Kommission für Strahlenschutz entsprechend dem jeweiligen Stand strahlenbiologischer Erkenntnisse festgelegt oder abgeändert und erfuhren in den letzten Dezennien mehrfach, dem Fortschritt der Forschung entsprechend, eine Herabsetzung. Sie sind gewiß unentbehrliche formale Hilfsmittel zur Charakterisierung von bestimmten Gefahrenlagen, reichen aber nicht immer aus zur Erfassung so komplexer Situationen, wie sie durch die weltweite Verbreitung radioaktiven Materials aus Atombombenversuchen mit ihren verwickelten Passagen und Akkumulationen in der menschlichen Umwelt und in der Nahrung und in ihren kombinatorischen Auswirkungen gegeben sind. Im übrigen gibt es trotz der so wesentlichen Gefahren durch Inkorporierung radioaktiver Substanz mit der Nahrung keine konventionellen maximal zulässigen Höchstwerte für eine radioaktive Verseuchung der Nahrungsmittel. Weiterhin gelten alle bisher vereinbarten Höchstwerte ursprünglich nur für Atomarbeiter, also für erwachsene, im allgemeinen gesunde und auf ihren Gesundheitszustand laufend überprüfte Menschen. Sie gelten nicht für Personen mit labiler Konstitution oder mit inflammatorischen Prozessen und vor allem nicht für Kinder, von denen bekannt ist, daß sie auch die radioaktiven Atomarten bestimmter Elemente, darunter auch das strahlenhygienisch besonders kritische Radiostrontium, besonders begierig inkorporieren und dabei zugleich strahlenempfindlicher sind als Erwachsene. Und schließlich haben diese Höchstwerte Gültigkeit ursprünglich nur für Einzelindividuen, nicht aber für Populationen. Die bis in die letzten Winkel der Erde reichenden Vorgänge radioaktiver Verseuchung durch Staub aus Atombombenversuchen schaffen aber gerade ein Populationsproblem weltweiten Umfanges.

Vor allem aus Sorge um das Erbgefüge der Menschheit müssen jedoch die für Populationen gültigen maximal zulässigen Strahlendosen wesentlich niedriger angesetzt werden als diejenigen für Einzelwesen.

Ganz besonders hüten muß man sich vor dem Schluß, daß der menschliche Organismus bedenkenlos bis zur maximal zulässigen konventionellen Strahlendosis oder Menge radioaktiven Materials bei Inkorporierungen belastet werden könne, daß also echte „Toleranzdosen" oder „Toleranzmengen" gegeben seien. Für eine Reihe besonders bedenklicher Auswirkungen radioaktiver Strahlung gilt ein solcher Schluß nicht. Dies trifft vor allem zu für Vorgänge bleibender Veränderungen der menschlichen Erbsubstanz durch energiereiche Strahlen, die keine Erholungsfähigkeit des Organismus in den Pausen zwischen aufeinanderfolgenden, zeitlich beliebig weit voneinander getrennten und auch kleinsten Strahleninsulten erkennen lassen. Und auch weit unter maximal zulässiger Menge bleibende Strahlendosen summieren sich zur entsprechenden Gesamtwirkung. Aber auch im physiologischen Bereich wird es immer wahrscheinlicher, daß es für eine Reihe spezieller Strahlenwirkungen eine eigentliche Toleranzschwelle nicht gibt. So heißt es für die mögliche Verursachung von Knochentumoren durch eingelagertes Radiostrontium in dem auch von W. F. Libby angezogenen Bericht des Englischen Medizinischen Forschungsrates über die Gefahren energiereicher Strahlung vom Jahre 1956: „Es scheint jedoch, daß jede Mengeneinheit Radiostrontium, welche durch die Knochen absorbiert wird, eine gewisse Wahrscheinlichkeit der Tumorbildung überträgt, indem sie vielleicht die Zeitspanne bis zur Tumorbildung herabsetzt und das Tumorauftreten mit der Dosis erhöht. Überhaupt scheinen die Versuche für eine Proportionalität zu sprechen zwischen der Frequenz der Tumoren, die innerhalb einer gewissen Zeitspanne gebildet werden, und der Menge radioaktiven Materials im Körper, selbst bei niedrigem Dosisspiegel." Und E. B. Lewis (USA) schätzt in einer soeben erschienenen Veröffentlichung, daß die gegenwärtige Leukämierate um 5—10 % erhöht werden wird, auch wenn die Einlagerungen im menschlichen Knochensystem noch bei 10 % der „maximal zulässigen" Konzentration von Radiostrontium bleiben werden. Es erscheint ferner möglich, daß auch für die Verkürzung der Lebensalterserwartung und für die Trübung der Augenlinse unter dem Einfluß energiereicher Strahlung ebenfalls ein gewisser Summationseffekt auch kleinster Strahlendosen gilt.

### *Erfaßt die Betrachtungsweise von W. F. Libby die gesamte Gefahrenlage?*

Diese kritischen und einräumenden Bemerkungen wollen die für viele Schlußfolgerungen unentbehrlichen formalen, aber mit erheblicher Vereinfachung arbeitenden Betrachtungsweisen mit Hilfe maximal zulässiger Strahlendosen und Strahlermengen nicht ad absurdum führen. Sie möchten lediglich die Grenzen der Methode aufzeigen und daran erinnern, daß man mit einer Art „Kochbuchschutz", das heißt mit dem Strahlenmeßgerät in der einen, der Tabelle der konventionell festgelegten maximalen Dosen und Konzentrationen radioaktiver Strahlung oder Substanz in der anderen Hand, das Schutzproblem nicht immer befriedigend und vollständig erfassen kann. Es besteht die fragende Sorge, ob nicht zwischen den von W. F. Libby erfaßten Konturen unberücksichtigt gebliebene Vorgänge und Gefahrensituationen liegen. Angesichts der Konsequenzen eines Irrtums müssen wir uns im Prinzip dem Vorgehen von A. Schweitzer anschließen und den menschlichen Organismus und das Menschengeschlecht als das Maß zur Beurteilung von Gefahrensituationen setzen, selbst wenn wir dadurch einer exakten Angabe der Größenordnung des Risikos, welches die Menschheit durch die Atombombenversuche eingeht, vorerst nicht näherkommen.

### *Ein auf die Masse abzielendes Denken in Mittelwerten verfälscht die Wirklichkeit und mißachtet das Einzelschicksal*

In zunehmendem Maße wird sich der umsichtige Strahlenhygieniker auch fragen müssen, ob die mit einer formalen Betrachtungsweise oft einhergehende Verwendung von Mittelwerten nicht in bedenklicher Weise Einzelschicksale verdeckt. Beispielsweise stellte man fest, daß von der Gesamtbevölkerung eine durch einen bestimmten Mittelwert gekennzeichnete Menge Radiostrontiums bereits inkorporiert wurde. Dieser Mittelwert wird, wie es auch bei W. F. Libby geschieht, in üblicher Weise zu der für das Individuum konventionell festgelegten maximalen Menge inkorporierungsfähigen Radiostrontiums in

Beziehung gesetzt. Nun ist aber zur Genüge bekannt, daß Kinder ein mehrfaches dieser mittleren Menge eingelagert haben und daß in Einzelfällen das 50- und Mehrfache dieses Wertes zu verzeichnen war. Eine summarische Statistik erfaßt also weder die ganze Wahrheit noch das Einzelschicksal, über das auch im Atomzeitalter nicht hinweggegangen werden sollte.

Unsere bisherigen Erkenntnisse, nicht zuletzt auch die in der letzten Zeit dankenswerterweise von der US-Atomenergiekommission freigegebenen Berichte lassen eine Reihe von Aussagen zu, die zum Teil über A. Schweitzers Darstellung hinaus der biologisch-medizinischen Sicht entsprechen. Wir wollen uns dabei vor Augen halten, daß biologisch-medizinisch der Strahlenschutz im Anblick der atomtechnischen Strahlengefahren durchaus nicht vor einem Novum steht. Denn den Entwicklungsweg der Röntgenologie und der Radiumverwendung über ein halbes Jahrhundert säumen genügend Gräber und Krankheitsstatistiken mit eindringlicher Aussagekraft über die Auswirkungen energiereicher Strahlen. Einige Gesichtspunkte zur Charakterisierung der Gefahrenlage seien im folgenden zusammengefaßt:

1. Energiereiche Strahlung gleich welcher Art ist in ihren Auswirkungen für die Atome und Moleküle nicht zuletzt gerade der labilen biologischen Systeme im Grunde stets störend oder zerstörend.

2. Das Leben steht stammes- und entwicklungsgeschichtlich seit Jahrmillionen in einem gewissen Gleichgewicht mit einer bestimmten Menge natürlicher Radioaktivität sowohl aus einer von außen den Organismus treffenden Strahlung als auch einer Strahlung, die von inkorporierten natürlich radioaktiven Atomen ausgesandt wird. Dieser an sich geringen Strahlendosis natürlicher „Grundstrahlung" wohnt innerhalb relativ enger Grenzen eine gewisse Variabilität inne.

3. Wir müssen vermuten, daß für eine Reihe von biologischen Vorgängen und Strukturen, zu denen nicht zuletzt das Erbgefüge gehört, der Spielraum einer Erhöhung dieser natürlichen Grundstrahlung durch zusätzliche zivilisatorische und atomtechnische Strahlung relativ eng, für Populationen vielleicht schon etwa beim Doppelten der Grundstrahlung gezogen ist, wenn ins Gewicht fallende nachteilige Auswirkungen vermieden werden sollen. Dieser Spielraum ist zu einem nicht unerheblichen Teil bereits durch die ebenfalls den energiereichen Strahlen zugehörigen Röntgenstrahlen und ihren den Organismus belastenden Auswirkungen ausgefüllt. Atomtechnische Radioaktivitäten bringen eine weitere zusätzliche Komponente; unter Umständen können sie vielleicht auch bei im einzelnen zahlenmäßig relativer Geringfügigkeit als das auslösende Übergewicht die Waage von Einzelschicksalen senken. Hinzu kommen Sondergefahren, die nur der Atomtechnik eigen sind, wie die Bedrohung speziell durch Radiostrontium, die Kombinationen einer Reihe verschiedener Strahlenbelastungen aus mannigfacher äußerer und innerer, natürlicher und zivilisatorischer sowie atomtechnischer Strahlung.

4. Es besteht weitestgehend Übereinstimmung, daß nach unserer heutigen Kenntnis im allgemeinen kritische Gefahrenlagen in Zusammenhang mit Vorgängen der Kernspaltung zuallererst und zuallermeist drohen

a) durch die Auswirkungen durchdringender Strahlung auf die Erbsubstanz,
b) im Gefolge von Inkorporierungen radioaktiven Materials mit nachfolgenden physiologischen und morphologischen Schädigungen durch die im Körper persistent gewordenen Strahler. Hierbei kommt insbesondere dem Radiostrontium eine besonders kritische Bedeutung zu.

*An den Problemen redet vorbei, wer die besonderen Gefahren aus der Inkorporierung radioaktiven Materials nicht in den Mittelpunkt der Betrachtungen stellt!*

5. Die für die Strahlenhygiene entscheidend wichtige Frage, ob Gefahren für den Menschen mehr aus der von außen auf den Organismus wirkenden Strahlung des in der menschlichen Umwelt abgelagerten radioaktiven Atombombenstaubes oder aber aus der Inkorporierung radioaktiven atomtechnischen Materials drohen, muß für den Normalfall eindeutig zugunsten des zuletzt genannten Vorganges beantwortet werden. Bei einer Fortführung der Bombenversuche etwa im bisherigen oder vermehrten Umfange wird nach sorgfältigen amerikanischen und englischen Berechnungen die Belastung des Menschen durch äußere Strahlung formal bei etwa $^1/_{100}$ oder weniger der maximal zulässigen Menge solcher Strahlung bleiben. Zur gleichen Zeit würde aber allein durch die Inkorporation

von Radiostrontium eine Situation erreicht werden, welche der Bericht des Englischen Medizinischen Forschungsrates wie folgt charakterisiert:

„Nichtsdestoweniger können wir . . . die Möglichkeit nicht außer acht lassen, daß wir, falls das Ausmaß der Bombenversuche steigt, . . . im Verlaufe der Lebenszeit der gegenwärtigen Bevölkerung Mengen erreichen, durch welche krankmachende Wirkungen bei einem kleinen Teil der Bevölkerung hervorgebracht werden können."

6. Die Mahnungen und Sorgen der Strahlenhygieniker beziehen sich also weniger auf etwaige momentane und akute Schädigungen menschlicher Gesundheit durch den Atombombenstaub als vielmehr auf die Möglichkeiten zukünftiger und späterer Schäden. Dem Einwand, der auch durch die Ausführungen von W. F. Libby durchklingt, es sei noch nichts Wesentliches geschehen, und dem Hinweis, man solle erst einmal abwarten, bis umfangreiche Schäden manifest werden, muß mit dem sehr ernsten Einwand begegnet werden, daß im Hinblick auf die Auswirkungen solcher erblicher und physiologischer Schädigungen der Augenblick ihrer Feststellung wahrscheinlich einem Allzuspät für das ganze Menschengeschlecht gleichkommen würde. Solange auch nur die Möglichkeit besteht, daß Irreparables geschieht, muß im Interesse der Menschheit äußerste Vorsicht gefordert werden.

7. Aus den hier ausgeführten Gründen muß also im Sinne A. Schweitzers strahlenhygienisch die Fortführung der Bombenversuche als unerwünscht, im progressiven Maße als nachteilig für die Gesunderhaltung zumindest von Teilen des Menschengeschlechts bezeichnet werden.

---

Anna Nieklewicz

# Die Berliner Verhandlungen in polnischer Sicht

Über die jüngsten Verhandlungen einer polnischen Regierungsdelegation mit der Regierung der DDR baten wir die in Polen bedeutsame PAX-Gruppe um einen Beitrag. Den folgenden Artikel aus rein polnischer Sicht stellte uns Frau Nieklewicz, Leiterin der Auslandsabteilung der PAX, freundlicherweise zur Verfügung.
Die Redaktion

Polen ist Deutschlands Nachbar. Diese so einfache geographische Tatsache verleiht dem Problem der polnisch-deutschen Beziehungen ihr erstrangiges Gewicht.

Die polnisch-deutschen Beziehungen sind jedoch nicht nur aus diesem Grunde das Zentralproblem unserer Politik. Ihre komplizierte Geschichte und ihre lebendige gefühlsmäßige Grundlage machen sie auch für die polnische Bevölkerung zu einem sehr intensiv erlebten Problem. Die schlechten Beziehungen in der Vergangenheit, der jahrhundertealte Antagonismus zwischen dem preußischen Staat und Polen und zu unseren Lebzeiten dann die Aggression Hitlers und die Okkupation unseres Landes haben in unserer öffentlichen Meinung viele Wunden hinterlassen. Gleichzeitig jedoch gebietet das Leben selbst, daß diese Wunden unseren beiderseitigen politischen Beziehungen nicht das Gepräge geben, ganz im Gegenteil, daß die aktive Politik sie lindern und schließlich möglichst schnell ganz vernarben lasse.

Die bekannten Nachkriegsereignisse, deren Zitierung sich hier erübrigt, führten dazu, daß Deutschland in zwei Staatsorganismen aufgespalten wurde, und teilten auch das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen in zwei Fragenkomplexe auf: die Beziehungen zu einem Staat von ähnlichem politischen Typ wie der polnische, das heißt zur Deutschen Demokratischen Republik, und zu einem Staat westlichen Typus: der Deutschen Bundesrepublik. Die objektiven internationalen Beziehungen, die während der Periode des sogenannten kalten Krieges sich immer mehr verschärften, brachten es mit sich, daß sich die polnisch-deutschen Beziehungen schließlich auf zwei völlig verschiedenen Ebenen gestalteten. Die Deutsche Demokratische Republik, die seit ihrer Gründung immer wieder ihre Freundschaft zu Polen erklärte und diese auch durch eine Tatsache von für uns grundlegender Bedeutung bewies, nämlich durch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, ist mit Polen durch ein formales und faktisches Bündnis politisch und wirtschaftlich verknüpft. Dieses Bündnis mit seinem prinzipiellen Charakter wurde

auch in der letzten Zeit nicht schwächer, obwohl die Existenz gewisser Differenzen in der Methode des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung und in der Innenpolitik kaum abgeleugnet werden können. Wie vital die Grundprinzipien der Zusammenarbeit sind, das beweist eben der kürzliche polnische Staatsbesuch in Berlin, infolge dessen die gemeinsamen Ansichten in internationalen Fragen und auch in der Frage der beiderseitigen Beziehungen zwischen unseren Staaten bestätigt wurden. Diese Beziehungen werden sich unverändert auf das Prinzip der gemeinsamen Ziele unserer Staaten gründen, die die sozialistische Gesellschaftsordnung aufbauen und innerhalb des Lagers der sozialistischen Staaten miteinander zusammenarbeiten.

Die engen und freundschaftlichen Beziehungen zu dem einen deutschen Staat, der Deutschen Demokratischen Republik, bedeuten jedoch nicht, daß wir das Problem der Koexistenz von Polen und Deutschland nur auf sie beschränken. Dies wäre falsch, und zwar aus zwei Gründen. Erstens, weil wir die Wiedervereinigung Deutschlands in der Perspektive sehen. Zweitens aber, und das schon heute, weil die Existenz eines zweiten deutschen Staates eine reale Tatsache ist, und weil dieser im breiteren Sinne auch zu unserem Nachbarn gehört. So ist es denn auch nicht verwunderlich, daß der Besuch der Herren Gomulka und Cyrankiewicz in Berlin unseren Politikern Gelegenheit schenkte, sich zum Thema der Beziehungen mit der Bundesrepublik zu äußern, denn dies ist ein guter Augenblick, um über diese Dinge zu sprechen.

Es war während des kalten Krieges schwer, die Frage irgendwelcher staatlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen zu prüfen. Seit dieser Zeit sind jedoch ernsthafte Wandlungen eingetreten, deren bestes Beispiel die Anknüpfung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Moskau und Bonn war. Dieser erste Schritt zu einer Verbesserung der gegebenen Sachlage auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen Westdeutschland und den Staaten des sozialistischen Lagers kann unserer Meinung nach als ein Präzedenzfall für direkte Beziehungen zwischen Warschau und Bonn gewertet werden. Eine solche Stellungnahme haben unsere Politiker bereits mehrmals geäußert, weil sie in einer Normalisierung der Beziehungen große Perspektiven für das Gebiet des Handels, der Kultur, aber auch für den Aufbau eines besseren gegenseitigen Verständnisses auf politischer Ebene sehen.

Man kann ähnliche Ansichten auf westdeutscher Seite nur mit Genugtuung verzeichnen, wo sich ein großer Teil der Politiker, Abgeordneten und der Presse für eine Anknüpfung gegenseitiger Beziehungen ausgesprochen hat. Wenn trotzdem noch keine praktischen Resultate dieses besseren Klimas zu bemerken sind, so ist dies — dies sei mit voller Ausdrücklichkeit gesagt — der nicht allzu einladenden Haltung der regierenden Kreise der Bundesrepublik zuzuschreiben.

Diese Kreise vermeiden nämlich jede präzise Äußerung über die Möglichkeit einer Anknüpfung diplomatischer Beziehungen, berufen sich jedoch häufig auf die „Unvereinbarkeit" einer Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik.

Was noch schlimmer ist, diese nebelhafte Haltung wird auf dem Hintergrund der noch größere Zweifel erweckenden Einstellung der Bundesregierung zur Frage der Westgrenze Polens projiziert. Es ist wohl hier nicht der rechte Ort, um politisch und historisch den Beweis für die Richtigkeit und für die Endgültigkeit der existierenden Grenze zu erbringen. Darüber ist in Polen und im Ausland bereits viel geschrieben worden — es soll hier nur das berühmte Buch von Elisabeth Wiskemann erwähnt werden — und wir haben den Eindruck, daß ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland bereits davon überzeugt ist. Die Stellungnahme der polnischen Regierung in dieser Frage ist jedenfalls klar und unzweideutig: die Oder-Neiße-Grenze darf nicht zum Gegenstand eines Kuhhandels zwischen Polen und der Bundesrepublik werden, denn sie ist eine vollendete und international anerkannte Tatsache.

Leider kann uns die Meinung der westdeutschen Regierung in dieser Frage nicht zufriedenstellen. Wahrscheinlich hängt dies mit der Innenpolitik der Bundesrepublik und mit den baldigen Wahlen zusammen. Dies kann jedoch kaum als „mildernder Umstand" in die Waagschale fallen. Im Gegenteil, die Tatsache, daß — um mit den Worten der englischen Zeitung „Manchester Guardian" zu sprechen — „eine Revision der Oder-Neiße-Grenze zur Wahllosung der westdeutschen Politiker geworden ist", könnte beunruhigend wirken.

Diese Tatsache kann weder ein Beweis für die Aufrichtigkeit der Erklärungen Bonner Politiker zum Thema Polens sein, noch kann sie anregend auf die Perspektive einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und Westdeutschland wirken. Ähnlich kann man nicht übersehen, daß sich die Bundesregierung selbst jenem Minimum an gutem Willen entzieht, den man in einer deutlichen und verpflichtenden Erklärung über den Verzicht auf die Politik der Stärke in den Beziehungen zu Volkspolen erblicken könnte.

Die westliche Presse hat sich nach dem Oktober ziemlich viel mit Spekulationen zum Thema der Einstellung Polens gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik befaßt. Man konnte dort z. B. Hoffnungen auf Meinungsverschiedenheiten zwischen Warschau und Berlin finden, oder Hoffnungen darauf, die polnische Regierung würde in der Grenzfrage eine „elastische Haltung" einnehmen. Es dürfte also von Nutzen sein, wenn wir den westdeutschen Leser im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen davon in Kenntnis setzen, daß sich die polnische Haltung zur aktuellen Lage nicht geändert hat und sich in zwei Punkten zusammenfassen läßt:

Erstens: Polen fühlt sich mit der Deutschen Demokratischen Republik durch ein enges Bündnis verknüpft, und zwar sowohl mit Rücksicht auf die Gemeinsamkeit der Ziele im Rahmen des sozialistischen Lagers als auch mit Rücksicht auf das Fehlen von Streitfragen in den beiderseitigen Beziehungen.

Zweitens: Die polnische Regierung und die polnische öffentliche Meinung würden mit voller Genugtuung eine Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepubik begrüßen, die unerläßliche Vorbedingung dafür ist jedoch, daß auf Seiten Bonns die entsprechende Atmosphäre geschaffen wird, das heißt, daß man klar und deutlich auf die Anwendung von Gewalt gegenüber Polen verzichtet und die Frage der Grenze nicht zur Vorbedingung für ein Übereinkommen macht.

Obwohl die sich immer verbreiternde revisionistische Kampagne sowie auch die Bewaffnung der Bundesrepublik mit Atomwaffen und die häufig negative Einstellung westdeutscher Regierungskreise eine pessimistische Schlußfolgerung nahelegen, haben wir die Hoffnung, daß unsere Beziehungen sich richtig regeln lassen. Diese Hoffnung entspricht der Überzeugung, daß ein immer größerer Teil der westdeutschen öffentlichen Meinung die positiven Seiten normaler Beziehungen zu Polen sieht und die Frage der Grenze vernünftig betrachtet, aber auch auf der Überzeugung, daß eine friedliche Regelung der Zusammenarbeit zwischen Polen und der Bundesrepublik im Rahmen der allgemeinen internationalen Entspannung und allmählichen Lösung der Streitfragen zwischen Ost und West stattfinden wird. Dies ist nicht nur für unsere beiden Länder von Wichtigkeit, sondern für ganz Europa.

# *Dokumente zum Zeitgeschehen*

## Die Note der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

„Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bestätigt den Empfang der Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Mai 1957, die die Antwort der Bundesregierung auf die Note der Regierung der UdSSR vom 27. April d. J. zur Frage der Atomaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland enthält.

Die Sowjetregierung nimmt zur Kenntnis, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet hat, keine Atomwaffen zu erzeugen. Diese Erklärung könnte man lediglich begrüßen, wenn die Bundesrepublik nicht versuchen würde, von außen her Atomwaffen für die Streitkräfte zu beziehen.

Der Inhalt der Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 22. Mai d. J. zeigt, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht die Absicht hat, auf die Pläne der Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen zu verzichten. Nicht anders kann man die Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auffassen,

daß sie sich vor der Notwendigkeit gestellt sehen könne, ernstlich zu erwägen, auf welche Weise sie bei der Ausrüstung ihrer Streitkräfte der Entwicklung der modernen Waffen Rechnung tragen soll.

Aus der Note ist ersichtlich, daß die Regierung der Bundesrepublik es versuchen will, solche vor allem für die Bundesrepublik Deutschland selbst gefährlichen Maßnahmen wie die Lagerung von Atomwaffen der Westmächte auf dem Territorium Westdeutschlands zu rechtfertigen.

Soweit die Tatsachen. Daran ändert sich nicht das geringste dadurch, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Antwort auf die Note der Sowjetregierung die wirkliche Lage der Dinge zu vertuschen sucht, indem sie die Erklärung wiederholt, die Bundesrepublik Deutschland verfüge über keinerlei Atomwaffen und habe nicht um die Lieferung solcher Waffen nachgesucht.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die ausweichenden Erklärungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen lediglich darauf abzielen, die westdeutschen Wähler zu beruhigen, und daß das Land sich später vor die vollendete Tatsache der Atomaufrüstung gestellt sehen kann.

In ihrer Note sucht die Bundesregierung es so darzustellen, als ob die mit der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und der Errichtung von Atomlagern und Stützpunkten anderer Staaten auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland verbundenen Fragen die Sowjetunion überhaupt nicht berühren. Diese Fragestellung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch völlig unhaltbar.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre Einstellung zu den Maßnahmen der Atomaufrüstung Westdeutschlands zu erklären, vor allem, da die Sowjetunion eine der vier Großmächte ist, die bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages besondere Verantwortung dafür tragen, daß Deutschland seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt nicht bedrohe. Nebenbei bemerkt, diese Lage, die infolge des Krieges entstanden ist, wird auch von den Regierungen der USA, Englands und Frankreichs sowie von den anderen Partnern der Bundesrepublik Deutschland aus dem Nordatlantikblock berücksichtigt, sofern zum Beispiel die Pariser Verträge gewisse beschränkende Bestimmungen, die Bundesrepublik Deutschland betreffend, enthalten, wie sie hinsichtlich der anderen Mitgliedsstaaten dieses Blocks nicht vorliegen.

Die Sowjetunion, die wie viele andere europäische Staaten in der noch nicht weit zurückliegenden Vergangenheit von Hitlerdeutschland überfallen wurde und nicht wenig schwere Opfer gebracht hat, um ihren Boden von den ausländischen Eindringlingen zu säubern und den Frieden wiederherzustellen, kann nicht die Tatsachen übergehen, die davon zeugen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Absicht hat, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten und daß sie die praktischen Maßnahmen der Vorbereitung zu einem Atomkrieg, die sich auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland entfaltet haben, unterstützt.

Es fällt auf, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Frage der Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit Atomwaffen vom Verlauf der Abrüstungsverhandlungen, die jetzt in Körperschaften der Organisation der Vereinten Nationen geführt werden, abhängig zu machen sucht. Dieses Verfahren ist nicht neu. Es dürfte am Platz sein, zu erwähnen, daß Deutschland auch in der Zeit, die der Entfesselung des zweiten Weltkrieges vorausging, die Frage seiner Rüstungen mit dem Zustandekommen eines allgemeinen Abrüstungsabkommens in Zusammenhang brachte. Alle erinnern sich dessen, womit das geendet hat: Bis auf weiteres hinter Hinweisen verschanzt, daß ein allgemeines Abrüstungsabkommen nicht vorhanden sei, entwickelte das damalige Deutschland eine rasende Aufrüstung und trug damit alle Bemühungen um Abrüstungsmaßnahmen zu Grabe. In Anbetracht dieser historischen Erfahrung veranlaßt die Wiederholung solcher Argumente unter den gegenwärtigen Umständen schon an sich naturgemäß, auf der Hut zu sein, zumal weder die praktischen Maßnahmen zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte noch die diplomatische Tätigkeit der Bundesrepublik Deutschland davon zeugt, daß sie zur allgemeinen Abrüstung beitragen wolle.

Nicht minder wichtig ist auch ein anderer Umstand. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt in ihrer Note, daß die Bundesrepublik Deutschland, sollte kein Abrüstungsabkom-

men der Mächte vorliegen, zur Atomaufrüstung schreiten wird. Ob aber ein solches Abkommen unterzeichnet werden wird, das entscheiden letzten Endes die im Unterausschuß der Abrüstungskommission der UN vertretenen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland aus dem Nordatlantikblock, dessen Pläne bekanntlich die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Atomwaffen vorsehen.

Daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht gewillt ist, an den Bemühungen teilzunehmen, die die Regierungen vieler Staaten im Interesse der Lösung des Abrüstungsproblems unternehmen, ist daraus ersichtlich, daß sie sich zu den vorliegenden Abrüstungsvorschlägen, die Deutschland unmittelbar berühren, wie die Schaffung einer Zone der Rüstungseinschränkung und Inspektion, zu der die Territorien beider Teile Deutschlands und der mit ihnen benachbarten Staaten gehören sollen, die Einschränkung und der nachfolgende Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland, ablehnend verhält.

Bei der Prüfung der Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland muß man zur Schlußfolgerung gelangen, daß die Bundesrepublik auf dem Standpunkt steht: Entweder Annahme der Bedingungen, die vom Nordatlantikblock diktiert werden und nicht auf wirkliche Abrüstung abzielen, oder kein Abkommen in dieser Frage und Legitimierung der Atomausrüstung der Bundeswehr. Man kann wohl kaum bestreiten, daß diese Fragestellung keineswegs darauf gerichtet ist, positive Resultate auf dem Gebiet der Abrüstung zu erreichen. Die Haltung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann man eher als einen Versuch auffassen, ein Übereinkommen über Abrüstung mit bestimmten Bedingungen zu verbinden und sich damit faktisch gewissermaßen zu einem Schiedsrichter über die in Verhandlungen über diese Frage stehenden Staaten aufzuwerfen. Dazu aber ist bekanntlich kein Grund vorhanden.

Was die Sowjetregierung betrifft, so macht sie alle Anstrengungen, um ein gegenseitiges Verständnis mit anderen Staaten zu gewährleisten und zu einem Abkommen über Abrüstung, über Verbot der Produktion und Anwendung von Kernwaffen aller Art, über die Ausschaltung der Kernwaffen aus den Rüstungen der Staaten und über die Vernichtung der Bestände an solchen Waffen zu gelangen.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Westmächte zur umfassenden Lösung der Abrüstungfrage nicht bereit sind, hat die Sowjetregierung unlängst im Unterausschuß der UN-Kommission in London Vorschläge über Teilabrüstungsmaßnahmen eingebracht. Als einen solchen Schritt schlug die Regierung der UdSSR vor, die experimentellen Atom- und Wasserstoffexplosionen sofort einzustellen oder wenigstens auf eine bestimmte Zeit hinaus zu unterbrechen.

Die sowjetischen Abrüstungsvorschläge sehen wirksame Maßnahmen einer Kontrolle über die Einhaltung eines dahingehenden Abkommens der Mächte vor, wobei die vorgeschlagenen Maßnahmen, darunter die Anwendung von Luftaufnahmen, den Wünschen der Regierungen der anderen an den Verhandlungen teilnehmenden Staaten weit entgegenkommen. Der konstruktive Charakter der sowjetischen Vorschläge hat sowohl die Anerkennung der Weltöffentlichkeit als auch die Anerkennung offizieller Vertreter der Westmächte gefunden.

Es ist auch bekannt, daß die Sowjetunion in den letzten Jahren von sich aus ihre Streitkräfte um 1 800 000 Mann eingeschränkt hat. Um mehr als 30 000 Mann wurde die zahlenmäßige Stärke der sowjetischen Truppen in Deutschland verringert. Die Sowjetunion hat auf den Flottenstützpunkt verzichtet, den sie laut Friedensvertrag mit Finnland besaß.

Im Lichte der genannten Tatsachen ist es klar, daß die Versuche der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die vom Streben nach gegenseitigem Verständnis getragene Politik der Sowjetunion auf dem Gebiet der Abrüstung anzuschwärzen, unhaltbar sind. Auch daß die Bundesregierung in ihrer Note es unternimmt, die Haltung der Sowjetunion in den Abrüstungsfragen direkt zu entstellen, kann man nicht anders erklären als mit dem Wunsch, die Aufmerksamkeit von ihren Handlungen abzulenken, die dem Streben der Völker, dem gegenwärtigen Wettrüsten ein Ende zu setzen und die Gefahr der Entstehung eines Atomkrieges zu beseitigen, zuwiderlaufen.

Die Sowjetregierung stellt mit Bedauern fest, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es nicht für möglich erachtet, den in der sowjetischen Note vom 27. April d. J. enthaltenen Vorschlag zu unterstützen, daß die drei jetzt über Atomwaffen verfügenden Mächte — die UdSSR, die USA und England — übereinkommen, diese Waffe auf deut-

schem Territorium nicht zu stationieren. Indessen ist es offensichtlich, daß die Durchführung dieses Vorschlags die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges in Deutschland und nicht nur in Deutschland, sondern auch auf dem ganzen europäischen Kontinent, bedeutend vermindern würde. Nicht weniger klar ist auch, daß die Konzentration von Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland die Umwandlung des Territoriums im Falle des Ausbruchs eines Atomkrieges in einen Schauplatz von Kriegshandlungen zwischen Armeen versetzt, die über die modernsten Mittel der Kringsführung verfügen. Wenn es jedoch soweit käme, so kann schwerlich jemand daran zweifeln, daß schon gleich zu Beginn der militärischen Operationen und unabhängig von ihrem weiteren Verlauf auf dem Territorium eines solchen Landes wie der Bundesrepublik Deutschland Tod und furchtbare Verwüstungen gesät werden würden. Es ist der aufrichtige Wunsch der Sowjetunion, eine solche Entwicklung der Geschehnisse zu verhüten.

Indem sich die Sowjetregierung in dieser Frage an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wendet, verfolgt sie das einzige Ziel, die Bemühungen aller Länder zu vereinen, um eine unheilvolle Entwicklung der Geschehnisse zu verhüten. Sie ist überzeugt, daß dieses Ziel den Lebensinteressen sowohl des Sowjetvolkes als auch des deutschen Volkes entspricht.

Die Bundesrepublik gibt in ihrer Note unzweideutig zu verstehen, daß die Stationierung von Atomwaffen der Westmächte in der Bundesrepublik in den allgemeinen militärischen Plänen der NATO vorgesehen ist, und hält allein schon aus diesem Grunde ein Abkommen der Mächte für unannehmbar, das den Verzicht auf die Stationierung ausländischer Atomwaffen auf dem Territorium Deutschlands festlegt. Eine solche Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann nur als eine weitere Bestätigung dafür betrachtet werden, daß die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an dem Nordatlantikblock den Lebensinteressen des deutschen Volkes zuwiderläuft. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland stellt entweder die Interessen der NATO über die Interessen der Ruhe und Sicherheit der Bevölkerung ihres Landes oder hat, Kraft der Lage, in die sie infolge ihrer Politik der Teilnahme an diesem militärischen Block geraten ist, schon nicht mehr die Möglichkeit, für den Schutz der nationalen deutschen Interessen einzutreten.

Die von der Sowjetregierung an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gerichtete Warnung vor den gefährlichen Folgen der Lagerung ausländischer Atomwaffen und der Pläne der Ausrüstung der Bundeswehr mit solchen Waffen wurde natürlich nicht etwa dadurch hervorgerufen, daß die Sowjetunion sich davor fürchtet. Die Sowjetunion ist mächtig genug, um, von wo immer auch ein Aggressionsakt käme, den Aggressor zu bändigen. Jedoch ist sich die Sowjetregierung darüber im klaren, daß auch für die Sowjetunion, trotz ihres unermeßlichen Territoriums und der in ihrem Besitz befindlichen mächtigen Abwehrmittel gegen einen Atomangriff, ein Atomkrieg ein großes Unglück wäre.

Die Sowjetregierung empfindet Besorgnis angesichts der Atomkriegsvorbereitungen auf dem Territorium Westdeutschlands, denn sie sieht, welch eine Gefahr für den Frieden und vor allem für die Erhaltung des Friedens in Europa diese Vorbereitungen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der anderen Mitglieder des Nordatlantikblocks nach sich ziehen. Die Sowjetunion will eine weitere Zuspitzung der Lage in Europa, zu der die Politik der Atomaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland unvermeidlich führt, verhüten. Man muß auch in Betracht ziehen, daß die Umwandlung Westdeutschlands in ein Atomaufmarschgebiet der NATO und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen die Sowjetunion und die mit ihr befreundeten Länder, gegen welche all diese Kriegsvorbereitungen getroffen werden, vor die Notwendigkeit stellen wird, Gegenmaßnahmen zu ihrer gemeinsamen Sicherheit zu ergreifen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland lädt sich schwere Verantwortung für die Folgen dieser ihrer Handlung auf.

Natürlich werden die Gefahren, die sich aus den in der Bundesrepublik betriebenen Vorbereitungen zu einem Atomkrieg ergeben, dadurch keineswegs geringer, daß man sie verschweigt oder überhaupt die Augen dagegen verschließt, wozu das alles führen kann. Wenn man aber, ohne an den Ernst der Lage zu denken und wider die Gebote der Vernunft, mit der Vorliebe für Atomwaffen aufzutrumpfen versucht, so bedeutet es, daß man mit den Geschicken des Friedens in Europa und vor allem mit dem Schicksal der Bevölkerung des eigenen Landes sein Spiel treibt.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sucht zu bestreiten, daß die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Umwandlung Westdeutschlands in einen Atomkriegs-Aufmarschraum in Europa der Sache der nationalen Vereinigung des deutschen Volkes einen nicht wieder gutzumachenden Schlag zufügen würden, und umgeht die Tatsache, daß gerade die von ihr durchgeführte Politik immer neue Hindernisse der Vereinigung Deutschlands entgegenstellt. Wenn die Sache der deutschen Wiedervereinigung bis jetzt nicht vorankommt, so liegen ja die Ursachen in allbekannten Tatsachen, wie die Militarisierung der Bundesrepublik Deutschland und ihre Teilnahme an der NATO, wie die hartnäckigen Versuche der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer NATO-Verbündeten, den Anschein zu erwecken, als bestünde nur ein deutscher Staat und zwar derjenige, der diesem militärischen Block angehört. Diese Politik sowie das ständige Bestreben, die Beziehungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verschärfen, stehen in unversöhnlichem Gegensatz zu den Interessen der Vereinigung Deutschlands, denn bei den entstandenen Gegebenheiten besteht kein anderer Weg zur Vereinigung des Landes als die Annäherung und Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Je weiter die Bundesrepublik Deutschland den Weg der Militarisierung geht, je enger sie sich mit dem Nordatlantischen Block und seinen militärischen Plänen verknüpft, desto weiter entfernen sich die beiden deutschen Staaten voneinander, desto mehr wird die Grundlage zerstört, auf der die friedliche Vereinigung Deutschlands erfolgen könnte.

Von der Deutschen Demokratischen Republik werden bekanntlich Schritte getan, die die Verständigung mit der Bundesrepublik Deutschland im Interesse der Lösung der gesamtnationalen Aufgaben des deutschen Volkes und der Festigung des Friedens in Europa erleichtern. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat beispielsweise erklärt, daß sie von der Einführung der Militärdienstpflicht im Land Abstand nimmt, und hat die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Republik freiwillig eingeschränkt und ihr Einverständnis bekundet, sich mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland sowohl in dieser Frage als auch in den anderen Fragen von gemeinsamem Interesse für das ganze deutsche Volk zu verständigen. Gerade die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat den Vorschlag gemacht und setzt sich für ihn weiter ein, daß es auf dem Territorium Deutschlands keinerlei Atomwaffen — weder ausländische noch deutsche — geben soll. Die Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik zur friedlichen Lösung der deutschen Frage stoßen jedoch auf den Widerstand der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Die auf die Atomkriegsvorbereitungen gerichtete Politik und die Sache der friedlichen Vereinigung Deutschlands sind unvereinbar. Und diejenigen, die heute für die Fortsetzung des Kurses auf Atomaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland sind, riskieren, als Totengräber der Einheit Deutschlands in die Geschichte einzugehen.

Die Sowjetregierung ist überzeugt, daß die Maßnahmen gegen die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkriegs beizeiten, schon jetzt zu treffen sind und nicht etwa dann, wenn es schwer sein würde, einen Atomkriegsbrand zu verhüten. Die Sowjetregierung möchte hoffen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland eine Unterschätzung der an sie in der Note der Regierung der UdSSR vom 27. April d. J. ergangenen Warnung nicht zulassen und mit allem Ernst die in der vorliegenden Note enthaltenen dargelegten Erwägungen aufnehmen wird."

(Moskau, 27. Juni 1957)